

# Marx, Engels, Rosa Luxemburg und die direkte Demokratie

Alfred Müller, 29.1.25

## Marx demokratische Grundhaltung

Viel wurde und wird über Karl Marx geschrieben, doch wenig über sein Verhältnis zur direkten Demokratie und der daraus folgenden Strategie zur Überwindung des Kapitalismus. Dies ist kaum nachvollziehbar, da sich Marx für die menschliche Emanzipation einsetzte, Marx die Pariser Kommune als Vorbild für die Diktatur des Proletariats ansah und viele Arbeiterinnen und Arbeiter in den 1918er Jahren mit dem Motto „Alle Macht den Räten“ für eine direktdemokratische Systemtransformation kämpften. Ich versuche in diesem Artikel einige Marx - Ausführungen darzustellen und so die Bedeutung der direkten Demokratie für das Marxsche Denken und Handeln und die daraus folgende politische Leitfunktion für die Linke aufzuzeigen. Engels und Luxemburg teilten die demokratischen Positionen von Marx. Ihre zentralen Aussagen zur Direkt/Rätedemokratie beziehe ich ergänzend mit ein.

Karl Marx erstellte keine zusammenfassende Demokratietheorie, aber in seinen Ausführungen und in seiner praktischen Politik nahm die direkte Demokratie einen zentralen Platz ein.<sup>1</sup> Historischer Hintergrund seines Demokratiekonzeptes war die Athenische Demokratie<sup>2</sup>, in der das männliche freie Volk direkt an den zentralen politischen Entscheidungen beteiligt war. Diese Demokratieform hatte er in seinen Studien zur antiken Philosophie, in seiner Kritik an der Hegelschen Staats- und Demokratietheorie, in seinen Vorarbeiten zur Doktorarbeit „Differenz der demokritischen und epikureischen Naturphilosophie“<sup>3</sup>, in seiner Analyse der

---

<sup>1</sup> So schreibt auch Steven Lukes (ein britischer Soziologe und Sozialphilosoph): Von seinen frühesten Schriften an war Marx dem Ideal der direkten Demokratie verpflichtet und ähnlich Volker Arnold (1978, S.314, Fn 12): „Der Darstellung liegt die These zugrunde, daß Marx nie von dieser Theorie der Demokratie (der Theorie der direkten Demokratie, AM) abgegangen ist, daß nicht aus dem Demokraten Marx der undemokratische Kommunist geworden ist, sondern daß der Kommunist Marx der Vertreter dieser Demokratietheorie war und blieb.“

Ebenfalls weist Andreas Fisahn (2008, S.20) darauf hin, dass „Marx und Engels immer wieder eine demokratische Verfassung“ forderten.

Nach Josef Lang (2018) war Marx zeitlebens ein Radikaldemokrat, ohne zu definieren, was er unter einem Radikaldemokraten versteht. Genauso schwammig ist die Aussage von Georg Mende (1960), der junge Marx sei ein revolutionärer Demokrat gewesen und er hätte sich später „vom revolutionären Demokraten zum Kommunisten entwickelt“ (S.10).

<sup>2</sup> Die athenische oder auch attische Demokratie genannt war von 461 bis 322 v.Chr. die politische Ordnung des antiken Athens. Sie basierte auf dem Prinzip der direkten Demokratie und bezog sich auf erwachsene, männliche Bürger. Frauen, Zugezogene und Sklaven waren von der politischen Beteiligung ausgeschlossen, so dass von den geschätzten 200.000 bis 300.000 Einwohnern etwa ein Viertel an der direktdemokratischen Regierungsform teilnahmen (vgl. wikipedia: Attische Demokratie).

<sup>3</sup> Marx schrieb 1857 an Ferdinand Lassalle: „Meinen Dank für „Heraklit“. Ich hatte immer großes Interesse für letzteren Philosophen, dem ich von den Alten nur den Aristoteles vorziehe. Die spätere Philosophie – Epikur

französischen Revolution, der Theoretiker der Aufklärung und der Frühsozialisten und in seiner Berichterstattung über die vorhandenen sozialen Missstände kennen- und schätzen gelernt. Marx Herz schlug schon in den jungen Jahren für die „arme, politisch und sozial besitzlose Menge“ (MEW 1, S.115), für die Basisdemokratie und für den Abbau von Herrschafts-, Ausgrenzungs- und Unterdrückungsverhältnissen. Diese humanpolitische Haltung prägte seine frühen und späten „demokratischen Auffassungen“ (MEW 4, S.537).

In seiner Kritik an der Hegelschen Staats- und Demokratietheorie und der Hegel-schen konstitutionellen Monarchieverherrlichung setzte sich Marx bereits im Alter von 24 Jahren für die Selbstbestimmung und Selbstregierung des Volkes und als Garant für die Menschenrechte, für die ungeteilte Volkssouveränität ein. Das menschliche Recht sei, so Marx, „das Dasein der Freiheit“ (MEW 1, S.115) und diese Freiheit, könne „aus der Gesellschaft wieder eine Gemeinschaft der Menschen für ihre höchsten Zwecke, einen demokratischen Staat machen“ (MEW 1, S.339). Das Volk solle „der wirkliche Staat“ sein, betonte der junge Marx (MEW 1, S.229) und nur „in der Demokratie erscheint die Verfassung selbst [...] als eine [...] Selbstbestimmung des Volks, [...] als sein eignes Werk, [...] ein Daseinsmoment des Volkes“ (MEW 1, S.231). „Die Freiheit besteht darin, den Staat aus einem der Gesellschaft übergeordneten in ein ihr [...] untergeordnetes Organ zu verwandeln“ (MEW 19, S.27).

Marx plädierte für die „entwickelte Idee“ der Demokratie, die ihm als „das aufgelöste Rätsel aller Verfassungen“ galt, weil sie auf „den wirklichen Menschen, das wirkliche Volk“ zurückgreift (MEW 1, S.231). Die Bevölkerungsmehrheit und nicht die Minderheit der Herrschenden solle die Verfassung, die Gesetzgebung und die Staatsgewalt dirigieren und kontrollieren. „Erst wenn das Volk als Souverän, d.h. als Quelle allen Rechts anerkannt ist, entscheidet es“, verdeutlicht Ingeborg Maus, „über den Fortbestand und über die Änderung geltenden Rechts gleichermaßen.“<sup>4</sup> „Der [vollendete politische, AM] Staat hebt den Unterschied der Geburt, des Standes, der Bildung, der Beschäftigung in seiner Weise auf, wenn er Geburt, Stand, Bildung, Beschäftigung für unpolitische Unterschiede erklärt, wenn er ohne Rücksicht auf diese Unterschiede jedes Glied des Volkes zum gleichmäßigen Teilnehmer der Volkssouveränität ausruft, wenn er alle Elemente des wirklichen Volkslebens von dem Staatsgesichtspunkt aus behandelt“ (MEW 1, S.354).

Aufgrund seiner demokratischen Grundhaltung kritisierte Marx Hegels gottbestimmte und hierarchische Staatsauffassung. Hegels staats-theoretische Standpunkte waren: „Es ist der Gang Gottes in der Welt, daß der Staat ist.“ „Der Zweck des Staates ist das Glück der Bürger.“ Er verwirklicht die menschliche Freiheit und das Prinzip der Vernunft. Die einzig sinnvolle Staatsform sei die konstitutionelle Monarchie. Das Volk

---

(namentlich diesen), Stoa und Skepsis, hatte ich zum Gegenstand speziellen Studiums gemacht, aber mehr aus politischem als aus philosophischem Interesse“ (MEW 29, S.547).

<sup>4</sup> Maus, Ingeborg (2019), S.340

würde nichts verstehen, sei vernunftlos, wild und vollbringe nur das Schlechte.<sup>5</sup> Daher lehnte Hegel die Idee der Volkssouveränität und mit ihr die demokratische republikanische Staatsverfassung kategorisch ab. Für den jungen Marx dagegen war das Volk der Souverän, der Staat die Folge materieller, historischer Verhältnisse und der Staat, wie in der idealistischen Staatstheorie, kein Vertreter des Gemeinwohls, sondern das Produkt spezieller Herrschaftsinteressen.<sup>6</sup> Autoritäre Regierungssysteme, so Marx, wie die Despotie und die Monarchie, verachten den Menschen und seien menschenunwürdige Herrschaftsformen (vgl. MEW 1, S.340). Die Obrigkeitsorientierung und Volksverachtung Hegels fand Marx „ekelhaft“ (MEW 1, S.330).

Marx kritisierte ferner Hegels Ablehnung des imperativen Mandats. Hegel lehnte beauftragte oder bevollmächtigte Repräsentanten ab, weil er meinte, dass Abgeordnete mit einem freien Mandat die allgemeinen Angelegenheiten besser vertreten und das allgemeine Interesse besser geltend machen würden als ihre Wähler.<sup>7</sup> Marx entgegnete, Hegel würde mit dem freien Mandat „die Repräsentanten gänzlich von ihrem Korporationsdasein“ (MEW 1, S.328) trennen und die politische Emanzipation des Volkes nur auf einen einmaligen „temporären Akt“ (MEW 1, S.317) reduzieren.

Marx ließ die Demokratie von der Bevölkerung ausgehen, von der unmittelbaren „Teilnahme Aller an der Beratung und Beschließung über die allgemeinen Staatsangelegenheiten“ (MEW 1, S.321), in der der Staat „eine besondere Daseinsform des Volkes“ [...] „eine Selbstbestimmung des Volks“ ist (MEW 1, S.232), der „Staat aus einem der Gesellschaft übergeordneten in ein ihr [...] untergeordnetes Organ“ (MEW 19, S.27) verwandelt wird und das „Selbstgefühl des Menschen, die Freiheit, [...] eine Gemeinschaft der Menschen, [...] einen demokratischen Staat“ (MEW 1, S.339) macht.

Er war zugleich überzeugt, dass die demokratische Selbstbestimmung eine radikale Umwälzung der ökonomisch - gesellschaftlichen Verhältnisse erfordert und dazu die Eroberung der politischen Macht erforderlich ist. Marx und Engels unterschieden zwischen der sozialen und der politischen Revolution. „Jede Revolution löst die alte Gesellschaft auf; insofern ist sie sozial. Jede Revolution stürzt die alte Gewalt; insofern ist sie politisch“ (MEW 1, S.409). Dabei ist die politische Revolution eine notwendige, aber keine hinreichende Voraussetzung für die Umwandlung der alten Gesellschaft. Politisch entscheidend sei, beides miteinander zu verknüpfen. „Die

---

<sup>5</sup> Vgl. Hegel, G.W.F.: „Grundlinien der Philosophie des Rechts“: § 258, §265, § 279, §281 – 284, §301, §303, §316, §317, §318

<sup>6</sup> Diesen Standpunkt behielt Marx zeitlebens. In seiner Schrift „Kritik des Gothaer Programms“ kritisierte er 1875 die Staatsauffassung der SPD, weil diese „den Staat [...] als selbständiges Wesen behandelt, das seine eigenen, geistigen, sittlichen, freiheitlichen Grundlagen besitzt“ (MEW 19, S.28).

<sup>7</sup> Dito §309

Revolution überhaupt, so Marx, - der Umsturz der bestehenden Gewalt und die Auflösung der alten Verhältnisse - ist ein politischer Akt“ (MEW 1, S.407).

Da „Rechtsverhältnisse wie Staatsformen [...] in den materiellen Lebensverhältnissen wurzeln“ (MEW 13, S.8), sind zur persönlichen und politischen Selbstbestimmung „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch eine erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (MEW 1, S.385). Der Mensch ist nach Marx und Engels ein Produkt der gesellschaftlichen Verhältnisse und zugleich ihr Akteur. Als revolutionärer Akteur würde der Arbeiter, aufgrund der Knechtung, Unterdrückung und seines rebellischen Verhältnisses zum Kapital<sup>8</sup>, diejenige Kraft sein, welche die „Befreiung vom Joch der ausbeutenden und herrschenden Klasse [...] erreichen“ soll, um damit „zugleich die ganze Gesellschaft [...] zu befreien“ (MEW 21, S.357). Der Arbeiterklasse käme die revolutionäre Rolle zu, „weil in den Lebensbedingungen des Proletariats alle Lebensbedingungen der heutigen Gesellschaft in ihrer unmenschlichsten Spitze zusammengefaßt sind. [...] Es kann seine Lebensbedingungen nicht aufheben, ohne alle unmenschlichen Lebensbedingungen der heutigen Gesellschaft [...] aufzuheben“ (MEW 2, S.38). „Die Befreiung der unterdrückten Klasse schließt [...] notwendigerweise die Schaffung einer neuen Gesellschaft ein“ (MEW 4, S.181).

Dabei erfolgt die Befreiung von unmenschlichen Zuständen über den direktdemokratischen Kampf. So heißt es im Kommunistischen Manifest 1848: Der „erste Schritt in der Arbeiterrevolution [ist] die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Er kämpfung der Demokratie. [...] Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d.h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats, zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren“ (MEW 4, S.481).

Marx war bis zu seinem Tode ein konsequenter Vertreter der Humanität und der Basisdemokratie. Er setzte sich für ein erfülltes Leben aller Menschen ein. Es gelte die kapitalistischen Verhältnisse abzuschaffen und durch gesellschaftliche Bedingungen der „allseitigen Entwicklung der Individuen“ (MEW 19, S.21) zu ersetzen. Entsprechend griff er Partei:

- für die Emanzipation, die universelle Selbstentfaltung und Selbstbestimmung der Menschen<sup>9</sup>,

---

<sup>8</sup> Vgl. Marx, Karl: Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, S.18

<sup>9</sup> Und weiter: für ihre Selbstverwirklichung und die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit (vgl. GR, S. 58, 231, 387, 505, 599f; MEW 1, S.356, 361, 370, 390f; MEW 40, S.539ff; MEW 3, S.37), für das „total entwickelte Individuum“ (MEW 23, S.512) und „die Entwicklung der reichen Individualität“ (MEW 42, S.244), für „den ganzen Reichtum des menschlichen und natürlichen Wesens“ (MEW 40, S.542),

- für eine Gesellschaft, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“ (MEW 4, S.482),
- für die Befreiung von der Ausbeutung, Unterjochung und Unterdrückung (vgl. MEW 16, S.11, 56; GR, S.545; MEW 21, S.357; MEW 4, S.181),
- für die Aufhebung der Entfremdungsverhältnisse von sich selbst, dem Mitmenschen, der Gesellschaft, der Natur, vom Produkt und vom Produktionsprozess (vgl. MEW 40, S. 505ff, 515, 536f; MEW 1, S.233),
- für die Verwirklichung der Bürger- und Menschenrechte (vgl. MEW 1, S.311, 362ff),
- für die Meinungs-, Presse-, Versammlungs-, Vereinigungs- und Berufs-, Glaubens- und Religionsfreiheit (vgl. MEW 34, S.316; MEW 16, S.75ff),
- für ein System der Assoziation von freien und gleichen Produzenten (vgl. MEW 16, S.195; MEW 4, S.48, 181, 482),
- für die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln als Ursache der Fremdherrschaft, der Ausbeutung, der Entfremdung und der sozialen Ungleichheit (vgl. MEW 40, S.534, 535f, 553; MEW 3, S.76; MEW 4, S.475),
- für die Überführung der Unternehmen in Gemeineigentum (vgl. MEW 1, S.391; MEW 23, S.789, 791; MEW 40, S.540; MEW 4, S.476f),
- für einen Verein freier Menschen mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln, gemeinschaftlicher Produktion und gemeinschaftlichen Bedürfnissen (vgl. MEW 23, S.92; MEW 42, S.103 - 105),
- für die demokratische Entscheidungsbeteiligung aller (vgl. MEW 1, S.321) und
- für die Aufhebung aller Klassen (vgl. MEW 28, S.508).

Marx war sich bewusst, dass aufgrund der kapitalistischen Systemzwänge und der Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse die geforderten Rechte und Freiheiten im Kapitalismus nicht zu realisieren sind. Daher ist eine Überwindung des Kapitalismus unerlässlich. Verfassungsrechte haben in diesem System lediglich einen formalen Charakter, die in der Praxis nicht eingehalten werden und nur der Verschleierung der Ausbeutungsverhältnisse dienen. Die formulierten Menschenrechte seien im Kapitalismus individuelle, egoistische von der Gemeinschaft getrennte Rechte und würden nicht die Gemeinschaft stärken, sondern zur Absonderung von den Mitmenschen führen (vgl. MEW 1, S.364f, 369). Anstatt die politische Teilhabe zu fördern, treibe der Kapitalismus die Entpolitisierung voran. Die Mehrheit der Bevölkerung sei zwar frei geboren, läge aber überall in den Ketten der kapitalistischen Produktionsweise. Die wichtigsten Merkmale des emanzipierten Menschen seien seine Freiheit und Selbstbestimmung – und gerade diese werden ihm in der kapitalistischen Gesellschaft aufgrund der menschenunwürdigen Arbeits- und Lebensbedingungen genommen. Zwar heißt es im deutschen Grundgesetz, die staatliche Gewalt habe die Würde des Menschen zu achten und zu schützen, doch dies sind nur Floskeln und Täuschungen. Zwischen „der bürgerlichen Wirklichkeit

---

und seinen [...] bürgerlichen Illusionen über diese Wirklichkeit“ besteht ein riesiger Abstand (MEW 4, S.235).

Marx glaubte nicht an eine im Kommunismus bestehende unmittelbare Identität von individuellen und gesellschaftlichen Interessen, eine These, die Michael Brie<sup>10</sup> aufstellt und als unrealistisch zurückweist. Für Marx war die direkte Teilnahme der Bevölkerung an den politischen Entscheidungen eine zentrale Voraussetzung der menschlichen Befreiung von Ausbeutung, Unterdrückung und Ausgrenzung, eine Teilnahme, wie die wechselnde Beteiligungsquote bei heutigen Volksabstimmungen zeigt, stets Spannungen zwischen individuellen und gesellschaftlichen Interessen enthält und auch in der kommunistischen Gesellschaft enthalten wird.

Wenn der junge Marx 1843 hervorhebt:

„Alle Emanzipation ist Zurückführung der menschlichen Welt, der Verhältnisse, auf den Menschen selbst. [...] Erst wenn der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurücknimmt und als individueller Mensch in seinem empirischen Leben, in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuellen Verhältnissen, Gattungswesen geworden ist, erst wenn der Mensch seine 'forces propres' als gesellschaftliche Kräfte erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der politischen Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht“ (MEW 1, S.370) , dann weist er mit dieser Aussage daraufhin, dass die Menschen keine Einzelwesen, sondern soziale Wesen sind, die sich über die solidarische politische Teilhabe miteinander verwirklichen und entfalten wollen. Entsprechend schreibt Horst E. Richter: Man kann „an den Leitbildern des [...] bürgerlichen Individualismus nicht festhalten [...], wenn man zu einem Gemeinschaftsleben neuen Typs kommen will.“<sup>11</sup>

Und da Marx im Privateigentum, in der Arbeitsteilung und in den Eigentums-, Herrschafts- und Marktverhältnissen zentrale materielle Grundlagen der Spaltung von individuellen und gemeinschaftlichen Interessen sieht<sup>12</sup>, führen eine Überführung des Privat- ins Gemeineigentum der Produktionsmittel, die Einführung direktdemokratischer Verhältnisse , einer demokratischen Planwirtschaft und eine freizeitbedingte Reduzierung der Arbeitsteilung dazu, dass die Gemeinschaft der assoziierten Produzenten solidarisch über die Ziele und den Ablauf der Produktionsprozesse sowie die Verwendung und Verteilung der hergestellten Produkte entscheiden kann und das über diese direktdemokratische Entscheidungsteilhabe die öffentlichen Angelegenheit „zur allgemeinen

---

<sup>10</sup> Vgl. Brie, Michael (2018)

<sup>11</sup> Richter, Horst E. (1974), S.81

<sup>12</sup> Eine „Spaltung zwischen dem besondern und gemeinsamen Interesse“ wird solange bestehen, „solange die Tätigkeit [...] nicht freiwillig, sondern naturwüchsig geteilt ist, die eigne Tat des Menschen ihm zu einer fremden, gegenüberstehenden Macht wird, die ihn unterjocht, statt daß er sie beherrscht“ (MEW 3, S.33)

Angelegenheit jedes Individuums und die politische Funktion zu einer allgemeinen Funktion wird“ (MEW 1, S.369), in anderen Worten: gesellschaftliche gemeinsame Interessen zunehmend an Gewicht gewinnen. Daher steht im Vordergrund der marxischen menschlichen Emanzipationsbewegung die Veränderung der politökonomischen Verhältnisse und nicht, wie bei den Philanthropen, das system-konforme wohltätige Verhalten oder wie bei den Kapitalisten, die Freiheit des Privateigentums. Das Sein bestimmt das Bewusstsein. „Das Bewußtsein ist [...] ein gesellschaftliches Produkt“ (MEW 3, S.31). „Was die Individuen [...] sind, das hängt ab von den materiellen Bedingungen ihrer Produktion“ (MEW 3, S.21). Mit neuen solidarischen Arbeits- und Lebensverhältnissen steigt auch das gemeinschaftliche Interesse der Bevölkerung.

Ein weiterer Hauptgrund für die heutige geringe Wahl-, Stimmbeteiligung und der Rückzug ins Privatleben ist neben den erwähnten objektiven Umständen die Unzufriedenheit mit der bestehenden bürgerlichen Politik. Die ausgeschlossenen und besitzlosen Menschen sehen ihre Interessen nicht in der kapitalorientierten Politik für die Besitzenden und Reichen vertreten. Je mehr sie aber in den Produktions- und Entscheidungsprozess eingebunden werden, desto eher werden ihre Interessen berücksichtigt und desto umfangreicher beteiligen sie sich am politischen Geschehen.

### **Marx demokratische Praxis**

Marx vertrat die Demokratie nicht nur in Worten, sondern auch in Taten. Während seiner Zeit in Brüssel (1845 – 1848) war er Vizepräsident der Demokratischen Gesellschaft. Gleich nach seiner Rückkehr nach Deutschland gründete er mit der Neuen Rheinischen Zeitung das »Organ der Demokratie«, das nationale Bedeutung erlangte und die Ideen der Demokratie verbreitete.

Gleichzeitig war er in Köln (April 1848 bis zu seiner Ausweisung Mai 1849) Mitglied der Demokratischen Gesellschaft. In London war er von 1864 bis 1872 führendes Mitglied der Internationalen Arbeiterassoziation (IAA), die sich für die Wahlrechtsreform, die Sklavenbefreiung, die Selbstbestimmung der Nationen und für die Emanzipation der Arbeiterklasse, der Bevölkerungsmehrheit, einsetzte.

### **Marx und Engels zur parlamentarischen Demokratie**

Marx und Engels waren zwar Anhänger der direkten Demokratie, gleichfalls setzten sie sich in bestimmten Situationen für die parlamentarische Demokratie ein. Diese würde die „Fraktionen der herrschenden Klasse am wenigsten“ (MEW 17, S.337) trennen. Die parlamentarische Demokratie sei, so Marx, ein zentrales Mittel der Feudalismusüberwindung und könne als kapitalistische Staatsform dazu dienen, als Ergänzung zum außerparlamentarischen Kampf, die Interessen der Lohnarbeiter zu vertreten. Solange der Parlamentarismus existiert, sollte er, verdeutlichte ebenfalls

Engels, „zur Eroberung der großen Massen der Arbeiter für den revolutionären Sozialismus“ (Engels, MEW 36, S. 55) genutzt werden.

Die parlamentarische Demokratie ist nach Ansicht von Marx und Engels keine demokratische Staatsform. Sie sei eine Herrschaftseinrichtung der Bourgeoisie und nichts anderes als eine „Maschine der Klassenherrschaft“ (MEW 17, S.336), eine „kapitalistische Herrschaftsform in der die Bevölkerungsmehrheit von der Herrschaft ausgeschlossen ist“ (MEW 17, S.336, 545). Sie diene neben den allgemeinen staatlichen Verwaltungstätigkeiten vorrangig dazu, die „gemeinschaftlichen Interessen“ (MEW 3, S.347) der Bourgeoisie zu vertreten, ihr Eigentum und die Gefolgschaft der Lohnabhängigen zu sichern.<sup>13</sup> Die Bevölkerung könne zwar bei den Wahlen ihr Kreuzchen machen, müsse sich aber generell den Entscheidungen der Herrschenden beugen. Mit einer Demokratie habe die liberale Demokratie nichts zu tun. In ihr würde das Volk nicht herrschen, sondern von einer kleinen Minderheit beherrscht werden. Das allgemeine Stimmrecht sei nur ein „Spielzeug in der Hand der herrschenden Klassen [...] vom Volk nur anwendbar, um einmal in vielen Jahren die parlamentarische Klassenherrschaft zu sanktionieren“ (MEW 17, S.544). „Statt einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll, sollte das allgemeine Stimmrecht dem in Kommunen konstituierten Volk dienen“ (MEW 17, S.340).

Zugleich würde bei einer Erhebung des Proletariats, wie geschehen 1871 in der Pariser Kommune und in der 1918/19 bestehenden deutschen Räte-demokratie, die herrschende Klasse die parlamentarische Staatsmacht rücksichtslos als „Kriegswerkzeug des Kapitals“ (MEW 17, S.337) benutzen, um die revolutionäre Arbeiterbewegung niederzuschlagen. Ebenfalls würde der ununterbrochene „Kreuzzug gegen die produzierenden Massen“ das Kapital zwingen „die vollziehende Gewalt (die Regierung und die Verwaltung, AM) mit stets wachsender Unterdrückungsmacht auszustatten“ (MEW 17, S.337) und das Parlament, wie es zurzeit geschieht, mehr und mehr zugunsten der Exekutive entmachten. In ihrem Kampf gegen die Revolution sieht sich die „parlamentarische Republik [...] gezwungen, mit den Repressivmaßregeln die Mittel und die Zentralisation der Regierungsgewalt zu verstärken“ (MEW 8, S.197). Das Kapital fürchtet die demokratische Macht des Volkes und wird in kritischen Momenten eine Diktatur der Minderheit „einer demokratischen und sozialen Republik vorziehen“ (MEW 7, S.506). In Grenzsituationen würde „der Staat die bürgerliche Gesellschaft von ihren

---

<sup>13</sup> Nach Marx hat der Staat eine Doppelfunktion: systemübergreifend, in der kombinierten Produktionsweise, eine gesellschaftlich organisierende Reproduktionsfunktion und in der Klassengesellschaft, die auf dem Gegensatz zwischen den Werktätigen und den Besitzern der Produktionsmittel beruht, zugleich eine Unterdrückungs- und Herrschaftssicherungsfunktion. Er dient damit in allen Staatsgesellschaften der „Verrichtung der gemeinsamen Geschäfte, die aus der Natur aller Gemeinwesen hervorgehen, wie die spezifischen Funktionen, die aus dem Gegensatz der Regierung zu der Volksmasse entspringen“ (MEW 25, S.397). Da die beherrschte Klasse zwar politischen Druck ausüben kann, aber von den politischen Entscheidungen ausgeschlossen ist, bestimmt in der Klassengesellschaft vorrangig die jeweilige herrschende Klasse das Staatsgeschehen.



umfassendsten Lebensäußerungen bis zu ihren unbedeutendsten Regungen hinab, von ihren allgemeinsten Daseinsweisen bis zur Privatexistenz der Individuen“ kontrollieren, maßregeln, überwachen und bevormunden (MEW 8, S.150).

Eine emanzipative humane Gesellschaft könne, folgerte Marx, nicht durch den Parlamentarismus und durch parlamentarische Mittel erreicht werden. Die sei angesichts der bestehenden kapitalistischen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse, der enormen Manipulationsmöglichkeiten des Kapitals und der Ohnmacht des Staates ein fataler Irrtum. Die parlamentarische Demokratie sei dazu da, das kapitalistische System zu verteidigen und nicht aufzuheben. Mit der parlamentarischen Demokratie versuchen die Kapitaleigner und ihre Apologeten zugleich Illusionen über die Demokratie zu streuen und so die wahren Herrschaftsverhältnisse zu verschleiern. Die von den heutigen Keynesianern vielbeschworene Fähigkeit des Staates zur Behebung der sozialen, ökonomischen und ökologischen Missstände ist nach Marx eine totale Überschätzung der staatlichen Regulierungsmöglichkeiten. Die Funktionsweise des kapitalistischen Systems setzt der Staatsregulierung stets Grenzen. Entsprechend kritisierte er die Saint - Simonisten, die Frühkeynesianer, die glaubten, über den Staat die kapitalistischen Übel beseitigen zu können.<sup>14</sup> Der kapitalistische Staat könne, so Marx, aufgrund der Systemzwänge nur geringe Erfolge erzielen (vgl. MEW 3, S.348). Die „Bourgeoisie würde „dem Staat nicht erlauben, sich in ihre Privatinteressen einzumischen, und ihm nur so viel Macht geben, als zu ihrer eignen Sicherheit und Aufrechterhaltung der Konkurrenz nötig ist“ (MEW 3, S.339). Der kleinbürgerliche Glaube, dass der Staat „sich als eine dritte Macht gegen [die] herrschende Klasse konstituiert und alle Gewalt ihr gegenüber in sich absorbiert“ (MEW 3, S.339) sei eine Illusion. So können nach Marx, anders als der Ökonom Thomas Piketty behauptet<sup>15</sup>, die ungerechten Verteilungsverhältnisse im Kapitalismus durch die Steuerreform, „das Steckenpferd aller radikalen Bourgeoisie [...], höchstens in Nebenpunkten modifiziert, nie aber in ihrer Grundlage“ (MEW 7, S. 285) aufgehoben werden. Das Primat der Politik scheitere an den realen Verhältnissen und sei „in letzter Instanz nur der Vollstrecker der ökonomischen Notwendigkeiten“ (MEW 38, S.365). „Die Gesetzgebung wird immer gezwungen sein, sich ihnen anzupassen“ (MEW 18, S.60).

Trotzdem sollten die Vertreterinnen und Vertreter der Arbeiterklasse an Parlamentswahlen teilnehmen, im Parlament mitarbeiten, „um ihre Kräfte zu zählen, ihre revolutionäre Stellung und Parteistandpunkte vor die Öffentlichkeit zu bringen“ (MEW 7, S.251) und versuchen arbeiterfreundliche Reformen durchzusetzen. Wer allerdings als Linker an den parlamentarischen Weg glaube, unterliege einer unheilbaren Krankheit: dem „parlamentarischen Kretinismus, der die Angesteckten in eine eingebildete Welt festbannt und ihnen alle Sinne, [...] alles Verständnis für die rauhe Außenwelt raubt“ (MEW 8, S.173). Diese Krankheit, sei so Engels, ein „Leiden,

<sup>14</sup> vgl. MEW, Bd. 1, S. 401f; MEW 12, S.27; MEW 23, S.506; MEW 42, S. 166

<sup>15</sup> Piketty, Thomas (2022), S.171ff

das seine unglücklichen Opfer mit der erhabenen Überzeugung erfüllt, dass die ganze Welt, deren Vergangenheit und deren Zukunft, durch die Stimmenmehrheit gerade jener Vertretungskörperschaft gelenkt und bestimmt wird, die die Ehre hat, sie zu ihren Mitgliedern zu zählen“ (Engels, MEW 8, S.87). Statt „eine außerparlamentarische Stellung im Parlament einzunehmen“ (MEW 6, S.373), würden die entschiedenen Mitglieder der Linken ein Zugeständnis nach dem anderen machen und wider aller Erfahrung die Hoffnung nicht aufgeben, im Parlament die Mehrheit erreichen zu können. So wies auch später (1918) Rosa Luxemburg darauf hin, dass „der Gedanke, den Sozialismus [...] durch parlamentarischen Mehrheitsbeschluss einführen zu können“, eine „lächerliche kleinbürgerliche Illusion“ (GW 4, S.408) sei.

Gestärkt wird die reformistische Politik der Linken durch eine bei vielen Arbeitern verbreitete „abergläubische Verehrung des Staats und alles dessen, was mit dem Staat zusammenhängt“, da sie „von Kindesbeinen daran gewöhnt“ ist, „sich auszubilden, die der ganzen Gesellschaft gemeinsamen Geschäfte und Interessen könnten nicht anders besorgt werden, als wie sie bisher besorgt worden sind, nämlich durch den Staat und seine wohlbestallten Behörden“ (Engels, MEW 22, S.199). Erst wenn das Proletariat in neuen, freien Gesellschaftszuständen heranwachsen könne es sich von dem ganzen bürgerlichen Staatsplunder befreien. Es ist erstaunlich, wie schon der junge Marx 1844 die Grenzen staatlicher Interventionen im Kapitalismus beschreibt: „Wollte der moderne Staat die Ohnmacht seiner Administration aufheben, so müsste er das jetzige Privatleben aufheben. Wollte er das Privatleben aufheben, so müsste er sich selbst aufheben, denn er existiert nur im Gegensatz zu demselben. [...] Also kann der Staat nicht an die inwendige Ohnmacht seiner Administration, das heißt seiner selbst glauben“ (MEW 1, S.402).

Nach der Einführung des Sozialistengesetzes 1878 kritisierten Marx und Engels wegen ihres angepassten „parlamentarischen Idiotismus“ (MEW 34, S.413) das „Dreigestirn Höchberg – Bernstein – C.A.Schramm“ der deutschen sozialdemokratischen Partei. Diese drei in Zürich lebenden Parteimitglieder empfahlen ganz parlamentarisiert, den proletarischen durch einen „kleinbürgerlichen Sozialismus“ (MEW 34, S.431) zu ersetzen, den Klassenkampf des Proletariats „in eine allgemeine Menschenverbrüderungsanstalt“ (MEW 34, S.391) zu überführen, „die Bourgeoisie [...] nicht zu bekämpfen, sondern [...] zu gewinnen“, „den Weg der Gesetzlichkeit, d.h. der Reform zu beschreiten“ (MEW 34, S.403), auf die Realisierung weitergehender Ziele und die Parteinahme für die Kommune zu verzichten und die Revolution in eine „lange friedliche Entwicklung“ (MEW 34, S.390) umzuwandeln. Die drei Parteimitglieder meinten ferner, die „sozialdemokratische Partei soll keine Arbeiterpartei sein, sie soll nicht den Haß der Bourgeoisie [...] auf sich laden“, die Bourgeoisie nicht abschrecken „und lieber ihre ganze Kraft und Energie auf diejenigen kleinbürgerlichen Flickreformen verwenden, die der alten Gesellschaftsordnung neue Stützen verleihen“ (MEW 34, S.406). Mit ihren leeren Redensarten von Gerechtigkeit, ihren klein-bürgerlichen Vorstellungen,

ihrer demütigen Unterwerfung, ihren Mäßigungs- und Partnerschaftsvorschlägen und ihrer Parlamentsorientierung würden sie, so Marx und Engels, die Arbeiterpartei demoralisieren (vgl. MEW 34, S.413), die Lohnabhängigen den Interessen des Kapitals unterwerfen, den Befreiungskampf der Arbeiter verhindern, den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft auf die unerreichbare Ferne verschieben (vgl. MEW 34, S.403, 405) und ihre Tätigkeit „auf allerhand Kleinkram und Herumflickerei an der kapitalistischen Gesellschaftsordnung“ (MEW 34, S.404) beschränken.

1895, wenige Monate vor seinem Tod, wurde Engels in der SPD – Zeitschrift „Vorwärts“ beschuldigt (vgl. MEW 39, S.452), dass er ein „friedfertiger Anbieter der Gesetzlichkeit“ und damit ein Anhänger des Reformismus geworden sei. Engels wies diesen „schmählichen Eindruck“ mit Nachdruck zurück und kritisierte die entstellte Darstellung. An dieser Fehleinschätzung war aber Engels nicht ganz unschuldig. In seiner 1895 angefertigten Einleitung zu Marx „Klassenkämpfe in Frankreich“ wies er angesichts der Wahlerfolge der deutschen Sozialdemokraten darauf hin, dass bei einem weiteren stetigem „Anwachsen der sozialistischen Streitkräfte“ die Sozialdemokraten zur „entscheidenden Macht im Lande“ werden könnten, bis es dem herrschenden „Regierungssystem von selbst über den Kopf“ wüchse. Auf diesem Wege würden die „Revolutionäre“ weit besser mit den gesetzlichen als mit den ungesetzlichen Mitteln gedeihen (Engels, MEW 22, S. 524f). Wer jedoch seine Parlamentskritik und seine Begeisterung für das Rätssystem einbezieht, erkennt, dass mit seinen Hinweisen auf die Wahlerfolge und auf die notwendige parlamentarische Tätigkeit der späte Engels nicht zum Befürworter des parlamentarischen Weges wurde. Im Gegenteil, er kritisierte stets die Parlamentsorientierung der Linken. Er betonte die Unmöglichkeit, eine sozialdemokratische Parlamentsmehrheit erzielen zu können und wies darauf hin, wo „es sich um eine vollständige Umgestaltung der gesellschaftlichen Organisation handelt, da müssen die Massen selbst mit dabei sein, selbst schon begriffen haben, worum es sich handelt, für was sie mit Leib und Leben eintreten“ (Engels, MEW 22, S.523). Da die Massen im Parlamentarismus von der Entscheidungsbeteiligung ausgeschlossen werden und der bürgerliche Staat nach Engels im Interesse des Kapitals handelt, konnte seines Erachtens über das Parlament keine Überwindung des Kapitalismus erfolgen. Wie Frank Deppe hervorhebt wurde von „weiten Teilen der Mitglieder und Anhänger der Sozialdemokratie [...] der (angebliche, AM) politische Optimismus von Friedrich Engels am Ende des 19. Jahrhundert [...] geteilt“<sup>16</sup>. Jedoch lässt sich der entstandene Reformismus und Pragmatismus nicht auf Engels zurückführen. Grundlagen dafür waren die gehobene soziale Stellung der entsprechenden Personen und der damit verbundene kleinbürgerliche Glaube an die sozialverträgliche Entwicklungsfähigkeit des Kapitalismus.

Marx und Engels Kritik des Parlamentarismus deckt sich mit der Einschätzung des Kognitionspsychologen Rainer Mausfeld, nach dem die repräsentative Demokratie nicht mit dem Leitprinzip der Demokratie, der Herrschaft des Volkes, vereinbar sei; die repräsentative die wahre Demokratie auf den Kopf stelle und nichts anderes darstelle als eine Herrschaft der politischen und ökonomischen Eliten. Nach

---

<sup>16</sup> Deppe, Frank

Mausfeld ist der Kapitalismus im Gegensatz zur Auffassung der liberalen Demokraten<sup>17</sup> mit der Demokratie unvereinbar.<sup>18</sup> Der Kapitalismus verlange „eine Unterwerfung unter die Machtverhältnisse, in denen eine Minderheit von Besitzenden Macht über eine Mehrheit von Nichtbesitzenden ausübt.“<sup>19</sup> Im Kapitalismus müsse sich das Volk den betrieblichen Kommandostrukturen und den Verwertungsbedingungen des Kapitals unterwerfen und sich den Systemzwängen beugen. In den Betrieben herrsche eine Fremdherrschaft und auf den Märkten die Macht des Geldes. Beide Verhältnisse seien undemokratisch. „Parlamentswahlen spielen“ so Mausfeld, „in kapitalistischen Demokratien für alle grundlegenden politischen Entscheidungen keine Rolle. [...] Die unteren 50% auf der Einkommensskala haben nur einen vernachlässigbaren ‚Fast-Null‘ - Einfluss auf politische Entscheidungen.“<sup>20</sup>

Parlamentsdebatten beschränken sich, führt ebenfalls Ekkehard Lieberam, ehemaliger Professor für Staatstheorie und Verfassungsrecht, aus, aufs Schattenboxen, die Parlamentarische Kontrolle sei „medial bedeutsam, aber doch mehr ein politisch – kosmetisches Beiwerk [...] (und) die „zumeist eng mit den Konzernen und Unternehmerverbänden liierte Regierung (beherrsche) weitgehend das Parlament und damit den Gesetzgebungsprozess.“<sup>21</sup>

Schon im Jahr 1762 schrieb der große französische Philosoph Jean-Jacques Rousseau (1712-1778) im dritten Buch seines Gesellschaftsvertrages: „Das englische Volk wähnt frei zu sein; es täuscht sich außerordentlich; nur während der Wahlen der Parlamentsmitglieder ist es frei; haben diese stattgefunden, dann lebt es wieder in Knechtschaft, ist es nichts.“<sup>22</sup> Zwar soll im parlamentarischen System die Gewalt vom Volke ausgehen und das Volk die Staatsgewalt ausüben, doch dies sind nur leere Worte. Die Politikwissenschaftlerin Ute Scheub<sup>23</sup> nennt das parlamentarische System eine Wahldemokratie, bei der fälschlicherweise Wahlen und Demokratie gleichgesetzt werden. Eine Gewaltenteilung, bei der das Parlament (die Legislative) die Regierung (die Exekutive) kontrolliert und die Justiz (die Judikative) beide korrigiert, würde es in diesem System aufgrund der Übermacht der Exekutive und des Kapitals nicht geben. Und der emeritierte Professor und Wirtschaftswissenschaftler Heinz-Josef Bontrup stellt fest: Die parlamentarischen Volksvertreter „agieren abgehoben und fern der Lebensrealitäten der Bevölkerung

---

<sup>17</sup> Vgl. Selk, Veith (2023), S.65ff

<sup>18</sup> Vgl. Mausfeld, Rainer (2023), S.431; Mausfeld, Rainer (2018), S.193

<sup>19</sup> Mausfeld, Rainer (2023), S.430

<sup>20</sup> Mausfeld, Rainer (2024): Demokratie am Abgrund?

<sup>21</sup> Lieberam, Ekkehard (2012), S.21

<sup>22</sup> Rousseau, Jean-Jacques (2012), S.130

<sup>23</sup> Vgl. Scheub, Ute (2018), S.24ff

und behaupten zynisch, Politik im Namen des Volkes zu machen.“<sup>24</sup> Im Kapitalismus wird die Politik nicht, so Bontrup<sup>25</sup>, „für die Mehrheit der Menschen gemacht [...], was [...] die eigentliche Aufgabe von Demokratie wäre, sondern für eine kleine Schicht von Profiteuren in der Gesellschaft, wovon die meisten ihren Reichtum geerbt und die anderen sich die Arbeits- bzw. Mehrwerte durch Ausbeutung der Arbeitskräfte angeeignet haben. [...] Wir können es drehen und wenden, wie wir wollen, nur eine direkte Volksdemokratie schützt das Volk vor Volksvertretern, Parteien und damit die Demokratie. [...] Gerade in einer komplexen Gesellschaft ist nicht der parlamentarische Repräsentatismus das Gebotene, sondern die direkt – partizipatorische Demokratie.“

Ähnlich stellt Andreas Urs Sommer, Professor für Philosophie mit Schwerpunkt Kulturphilosophie an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg fest: Im Parlamentarismus können die „Volksvertreter [...], sind sie einmal im Amt, so handeln (sie), wie es ihnen beliebt, gleichgültig, wie die Wähler wünschen, dass sie handeln.“<sup>26</sup> Die parlamentarische Volksvertretung ist nach Sommer Vergangenheit. Sie sei überholt. Da sie historisch ist, wird sie sich langfristig auflösen. Die Zukunft gehöre, wie ebenfalls Bontrup hervorhebt, der direkten Demokratie.

Wozu dienen dann die Parlamentswahlen, wenn die Massen machtlos sind? Nach dem Politikwissenschaftler Johannes Agnoli haben sie eine Zählungs-, Integrations-, Kanalisierungs- und Stabilisierungsfunktion, die den Schein der Partizipation aufrechterhalten und besonders geeignet sind, „dem einzelnen isolierten und abstrakten Bürger die Befriedigung des Entscheidungsbedürfnisses zu vermitteln.“<sup>27</sup>

## **Marx und Engels zur Rätedemokratie**

Marx und Engels Wertschätzung der direkten Demokratie blieb auch vor dem Hintergrund politischer Enttäuschungen und Analysen im Laufe der Zeit erhalten. Dies belegt der Vergleich der folgenden Aussagen von 1843 und 1871 zur Rücknahme der Staatsgewalt:

„Erst wenn der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurücknimmt und als individueller Mensch in seinem empirischen Leben, in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuellen Verhältnissen, Gattungswesen geworden ist, erst wenn der Mensch seine ‚forces propres‘ als gesellschaftliche Kräfte erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der politischen Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation

---

<sup>24</sup> Bontrup, Heinz-Josef (2023): Wir brauchen mehr direkte Demokratie

<sup>25</sup> Bontrup, Heinz-Josef (2024): Politiker, Unvollkommenheiten und Abhängigkeiten – Wir brauchen mehr direkte Demokratie

<sup>26</sup> Sommer, Andreas Urs (2022), S.34

<sup>27</sup> Agnoli, Johannes (2004), S.103

vollbracht“ (Marx, 1843, MEW 1, S. 370). Und so 1871 in veränderter Formulierung: „Die Kommune – das ist die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Gesellschaft als ihre eigne lebendige Macht, an Stelle der Gewalt, die sich die Gesellschaft unterordnet und sie unterdrückt; das ist die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Volksmassen selbst, die an Stelle der organisierten Gewalt der Unterdrückung ihre eigne Gewalt schaffen; das ist die politische Form ihrer sozialen Emanzipation an Stelle der künstlichen Gewalt (die sich ihre Unterdrücker aneigneten)“ (MEW 17, S.543).

Schon 1850 forderten Marx und Engels (Marx war gerade 31 Jahre alt): Die Arbeiter „müssen neben den [...] offiziellen Regierungen zugleich eigene revolutionäre Arbeiterregierungen, sei es in der Form von Gemeindevorständen, Gemeinderäten, sei es durch Arbeiterklubs oder Arbeiterkomitees, errichten, so daß die bürgerlichen demokratischen Regierungen nicht nur sogleich den Rückhalt an den Arbeitern verlieren, sondern sich von vornherein von Behörden überwacht und bedroht sehen, hinter denen die ganze Masse der Arbeiter steht.“ Die Arbeiter müssen „versuchen, sich selbständig als proletarische Garde, mit selbstgewählten Chefs und eigenem selbstgewählten Generalstabe zu organisieren und unter den Befehl, nicht der Staatsgewalt, sondern der von den Arbeitern durchgesetzten revolutionären Gemeinderäte zu treten“ (MEW 7, S.250).

Als 1871 in Paris die Arbeiterinnen und Arbeiter die Kommune erkämpften, erkannte Marx sofort den politischen Stellenwert der Räte- und damit der Direktdemokratie. Die Kommune war nach Marx „die Rücknahme der Staatsgewalt durch die Volksmassen“ (MEW 17, S.543), „eine Revolution gegen den Staat selbst, gegen diese übernatürliche Fehlgeburt der Gesellschaft; sie war eine Rücknahme des eignen gesellschaftlichen Lebens des Volkes durch das Volk und für das Volk“ (MEW 17, S.541). „Sie war wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse, das Resultat des Kampfes der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte“ (MEW 17, S.342). Sie würde „dem gesellschaftlichen Körper alle die Kräfte zurückgeben [...], die bisher der Schmarotzerauswuchs „Staat“ [...] aufgezehrt hat“ (MEW 17, S. 341). Die „freie Selbstverwaltung durch das arbeitende Volk“ ist, so Engels, das „beste Werkzeug bei der Umgestaltung der Produktionsweise“ (MEW 36, S.434).

Die Pariser Kommune „war eine Wiederbelebung durch das Volk und des eigenen gesellschaftlichen Lebens. Sie war nicht eine Revolution, um die Staatsmacht von einer Fraktion der herrschenden Klassen an die andere zu übertragen, sondern eine Revolution, um diese abscheuliche Maschine der Klassenherrschaft selbst zu zerbrechen“ (MEW 17, S.541f). „Wenn sonach die Kommune die wahre Vertreterin aller gesunden Elemente der [...] Gesellschaft war, und daher die wahrhaft nationale Regierung, so war sie gleichzeitig, als eine Arbeiterregierung, als der kühne Vorkämpfer der Befreiung der Arbeit, im vollen Sinn des Worts international“ (MEW 17, S.346).

Als direktdemokratische Staatsform war für Marx die Kommune „die politische Form der sozialen Emanzipation, der Befreiung der Arbeit von der [...] Sklaverei der Monopolisten der Arbeitsmittel, die von den Arbeitern selbst geschaffen oder Gaben der Natur sind. [...] Die Kommune beseitigt nicht den Klassenkampf, durch den die arbeitenden Klassen die Abschaffung aller Klassen [...] erreichen wollen [...]. Sie vertritt die Befreiung der Arbeit [...], sie schafft das rationelle Zwischenstadium, in welchem dieser Klassenkampf seine verschiedenen Phasen auf rationellste und humanste Weise durchlaufen kann“ (MEW 17, S. 545f). Auf dem Weg des direktdemokratischen Kampfes zeige die Kommune wie die Arbeiterklasse die staatliche Macht erobern und ausüben könne. Sie sei im Keim das Musterbeispiel für den proletarischen Staat, indem über die direkte Demokratie der „unterdrückende Charakter der Staatsmacht“ (MEW 17, S.336) aufgehoben und die Herrschaft der Minderheit durch die Herrschaft der Mehrheit ersetzt wird. Dabei war sich Marx klar: „Die Arbeiterklasse verlangte keine Wunder von der Kommune.“ [...] Sie hat „lange Kämpfe, eine ganze Reihe geschichtlicher Prozesse durchzumachen [...], durch welche die Menschen wie die Umstände gänzlich umgewandelt werden. Sie hat keine Ideale zu verwirklichen; sie hat nur die Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen, die sich bereits im Schoß der zusammenbrechenden Bourgeoisgesellschaft entwickelt haben“ (MEW 17, S.343). „Das Paris der Arbeiter, mit seiner Kommune“, betonte Marx, „wird ewig gefeiert werden als der ruhmvolle Vorbote einer neuen Gesellschaft“ (MEW 17, S.362).

Obwohl sich Marx und Engels in der Übergangsperiode und in der ersten Phase des Kommunismus für die Räte Demokratie einsetzten, ergibt sich aus ihren staatsrechtlichen Positionen, dass diese nicht ewig andauern wird. In der „höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, [...], (wo jeder) nach seinen Fähigkeiten, (jeder) nach seinen Bedürfnissen“ (MEW 19, S.21) leben kann, würden sich mit der allseitigen Entwicklung der Individuen und der zunehmenden ehrenamtlichen Tätigkeit neue Kooperationsformen entwickeln, die jetzt noch nicht absehbar seien. „Marx und ich haben, seit 1845, die Ansicht gehabt“, schreibt Engels 1883, „dass eine der schließlichen Folgen der künftigen proletarischen Revolution sein wird die allmähliche Auflösung und endlich das Verschwinden der mit dem Namen Staat bezeichneten politischen Organisation, einer Organisation, deren Hauptzweck von jeher war, durch bewaffnete Gewalt, die ökonomische Unterdrückung der arbeitenden Mehrzahl durch die begüterte Minderzahl sicherzustellen. Mit dem Verschwinden einer begüterten Minderzahl verschwindet auch die Notwendigkeit einer bewaffneten Unterdrückungs- oder Staatsgewalt<sup>28</sup>“ (Engels, MEW 36, S.11). „An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen“ (Engels, MEW 20, S.262). Die „öffentlichen Funktionen (verlieren) ihren politischen Charakter [...] und (verwandeln) sich in einfache administrative Funktionen [...] die die wahren sozialen Interessen hüten“ (Engels, MEW 18, S.308).

---

<sup>28</sup> Die politische Gewalt ist bei Marx „die organisierte Gewalt einer Klasse zur Unterdrückung einer anderen“ (MEW 4, S. 482).

Welche Staatsfunktionen verbleiben in der kommunistischen Gesellschaft fragt Marx, und er antwortet: „Diese Frage ist nur wissenschaftlich zu beantworten, und man kommt dem Problem durch tausendfache Zusammensetzung des Worts Volk mit dem Wort Staat auch nicht um einen Flohsprung näher“ (MEW 19, S.28).

### **Die Rätedemokratie als Alternative**

Räte sind direktdemokratische Organe<sup>29</sup> der Selbstbefreiung der Arbeiterinnen und Arbeiter und entsprechen dem demokratischen Prinzip der Volkssouveränität. Eine Rätedemokratie bezeichnet eine Staats- und Wirtschaftsform, bei der über direkt gewählte Räte die Herrschaft vom Volk ausgeübt wird. Sie ist ein Gegenmodell zur parlamentarischen Demokratie und ermöglicht dem Volk in seinen Betriebs-, Unternehmens-, Wohn-, Bürger-, Kita-, Schul-, Militär- oder Verwaltungs-Versammlungen die direkte Beteiligung an sozialen, ökologischen, politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen. Ein Räteresystem dient der Durchsetzung der individuellen und gesellschaftlichen Selbstbestimmung der Bevölkerung. In ihm werden die Fremdbestimmung durch die direkte Entscheidungsteilhabe der Bevölkerung aufgehoben und die großartigen menschlichen Fähigkeiten zur Problemerkennung, Problemlösung, Entscheidungsfindung und Konfliktregulierung ausgenutzt. In den unterschiedlichen Teilbereichen der Gesellschaft diskutiert und bestimmt die Bevölkerung in Basisversammlungen über die zentralen W-Fragen (Was – Warum – Wie – Womit – Wohin) und geben diesen Willen an die gewählten Räte weiter. Die Mitglieder der Räte sind über ein imperatives Mandat an die Basisentscheidungen gebunden. Sie können jederzeit abberufen werden. Gleichzeitig sind sie zur Rechenschaft verpflichtet, damit eine hohe Transparenz ihrer Tätigkeit gewährleistet ist. Räte sind zugleich Organe der staatlichen und wirtschaftlichen Verwaltung.

In den Betrieben und in der Verwaltung wechseln die Werktätigen ihre Arbeit nach dem Rotationsprinzip, um zu verhindern, dass interne Machtpositionen und korrupte Beziehungsgeflechte entstehen. Der Wechsel in einen neuen Aufgabenbereich kann zugleich die Motivation und die persönliche Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten fördern. Über die Rotation vermeiden sie eine einseitige Arbeitsbelastung, sammeln sie neue Eindrücke und Fachkenntnisse, vertiefen sie ihr bestehendes Wissen, gewinnen sie einen größeren Überblick über die Gesamtzusammenhänge und mehr Verständnis für die Abläufe in anderen Bereichen.

Direktdemokratische Räte ersetzen das Präsentations- durch das Delegationsprinzip. Sie sind Gesetzgeber und Regierung in einem. Die „Aufhebung der liberalen Gewaltenteilung garantiert, daß politische und gesellschaftliche Selbstbestimmung nicht durch Exekutivapparate [...] verfälscht werden.“<sup>30</sup> Da im Räteresystem die Staatsgewalt vom Volke ausgeht, braucht und kann zur Machtbegrenzung, wie

<sup>29</sup> Vgl. Arnold, Volker (1978), Bermbach, Udo (1973), Tschudi, Lorenz (1973)

<sup>30</sup> Bermbach, Udo (1973), S.163



angeblich bei der Gewaltenteilung im Parlamentarismus, die Staatsgewalt nicht mehr in die Bereiche Legislative und Exekutive aufgeteilt zu werden. Die Freiheit und Gleichheit der Bürgerinnen und Bürger, vorgegebene Gründe der liberalen Gewaltenteilung, werden durch die Volkssouveränität gewährleistet. Lediglich die rechtssprechende Gewalt (die Judikative) behält die Funktion, die Anwendung der vom Volk beschlossenen Gesetze zu überprüfen und in Streitfällen über dessen Auslegung und Gültigkeit zu entscheiden.

Räte werden auf mehreren Ebenen gewählt: in den Kommunen, in den Landkreisen, in den Bundesländern, auf Bundes- und auf EU-Ebene; in den Betrieben und Unternehmen und im staatlichen Bereich. Die oberste Ebene der Räteorganisation ist der nationale Rat, von manchen auch Zentralrat genannt, der gemeinsam mit der Bevölkerung über Volksabstimmungen die politische Linie des gesamten Rätessystems bestimmt. Damit keine Verselbständigung und Machtkonzentration der Räte eintritt, bestehen neben dem imperativen Mandat, dem Rotationsprinzip und der Rechenschaftspflicht auf allen regionalen, Bundes- und EU-Ebenen Volksabstimmungen, die die Wirkung von Ratsbeschlüssen haben.

Nicht im Sinne der Rätedemokratie ist die von Tschudi bevorzugte „Führung einer nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus straff organisierten und äußerst disziplinierten Partei.“<sup>31</sup> Diese zentralistische, auf Lenin zurückgehende, Forderung führt schnell, wie im Realsozialismus, zur Parteidiktatur und damit zur, der Volkssouveränität widersprechenden, Herrschaft der Minderheit. Die Arbeiterpartei hat der Rätebewegung inhaltliche, taktische und strategische Impulse zu geben. Sie darf aber nicht die gesellschaftliche Leitung übernehmen und damit die direkte Demokratie aushebeln.

Demokratische Räte sind Kampforgane zur Überwindung des Kapitalismus. Marx schreibt: „Die politische Herrschaft der Produzenten kann nicht bestehen neben der Verewigung seiner gesellschaftlichen Knechtschaft. Die Kommune (die Rätedemokratie, AM) sollte [...] als Hebel dienen, um die ökonomischen Grundlagen umzustürzen, auf denen der Bestand der Klassen und damit der Klassenherrschaft ruht“. Die Kommune hat das Klasseneigentum abzuschaffen, „das die Arbeit der vielen in den Reichtum der wenigen [...] (und) die Produktionsmittel [...] in Werkzeuge der freien und assoziierten Arbeit verwandelt“ (MEW 17, S.342), „die sich aus Assoziationen freier und gleichgestellter, nach einem gemeinsamen und rationellen Plan bewußt tätiger Produzenten zusammensetzt“ (MEW 18, S.62). Es gilt „einen Zustand herzustellen, der jedem Gesellschaftsmitglied die Teilnahme nicht nur an der Erzeugung, sondern auch an der Verteilung und Verwaltung der gesellschaftlichen Reichtümer ermöglicht“ (Engels, MEW 19, S.104).

---

<sup>31</sup> Tschudi, Lorenz (1973), S.61

Trotz dieser aufgezeigten rätedemokratischen Grundsätze sind für eine schlüssige Räteorganisation noch viele offene Fragen zu klären. Hierzu gehören:

- Wie erfolgt auf den einzelnen Räteebenen die Art und der Umfang der räte-/direktdemokratischen Entscheidungsmöglichkeiten?
- Wie sind die einzelnen Kontrollmöglichkeiten der Rätebasis über die übergeordneten Räte?
- Wie werden die staatlichen und wirtschaftlichen Räte miteinander vernetzt?
- Wie erfolgt die Kooperation zwischen den verschiedenen Räten?
- Wie wird die Judikative integriert?
- Zusammenfassend: Wie sieht eine fundierte, direktdemokratisch legitimierte Räteorganisation aus?

### **Eroberung der politischen Herrschaft des Proletariats**

Marx und Engels gingen von der Notwendigkeit der Kapitalismusüberwindung und der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat (der Bevölkerungsmehrheit) aus. Dabei bestand und besteht die Frage, wie dieser soziale und politische revolutionäre Transformationsprozess aussehen soll. Als Basisdemokrat bestand für Marx kein Zweifel. Der „erste Schritt in der Arbeiterrevolution“ war für ihn „die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Er kämpfung der Demokratie“ (MEW 4, S.481). Auch Engels wies darauf hin: Das „Proletariat braucht zur Besitzergreifung der politischen Gewalt demokratische Formen“ (Engels, MEW 36, S.128). „Die demokratische Bewegung erstrebt in allen zivilisierten Ländern in letzter Instanz die politische Herrschaft des Proletariats“ (Engels, MEW 4, S.392) „Die Demokratie hat in allen zivilisierten Ländern die politische Herrschaft des Proletariats zur notwendigen Folge, und die politische Herrschaft des Proletariats ist die erste Voraussetzung aller kommunistischen Maßregeln“ (Engels, MEW 4, S.317). „Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß [...] die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik<sup>32</sup>. Diese ist [...] die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats“ (Engels, MEW 22, S.235). „Seit vierzig Jahren haben wir, Marx und ich, bis zum Überdruß wiederholt, daß für uns die demokratische Republik (die Rätedemokratie, AM) die einzige politische Form ist, in der der Kampf zwischen der Arbeiterklasse und der Kapitalistenklasse zunächst allgemeinen Charakter annehmen und danach durch den entschiedenen Sieg des Proletariats vollendet werden kann“ (Engels, MEW 22, S.280). „Demokratie, das ist heutzutage der Kommunismus [so Engels], [...] proletarisches Prinzip, Prinzip der Massen“ (Engels, MEW 2, S.613). Die „politische Herrschaft des Proletariats [d.h. die Volksherrschaft, AM] ist die erste Voraussetzung aller kommunistischen Maßregeln“ (Engels, MEW 4,

---

<sup>32</sup> Die Begriffe Kommune, proletarisch - demokratische und soziale Republik haben bei Marx und Engels die gleiche Bedeutung.

S. 317).<sup>33</sup> Dabei ist die direkte Demokratie Ziel und Mittel zugleich. Ihr Ziel ist die kollektive und individuelle Selbstbestimmung. Zugleich dient sie als Mittel, um die kapitalistische Produktionsweise aufzuheben und mit dieser Maßnahme menschenwürdige Lebens- und Arbeitsbedingungen herzustellen. Jede „Bewegung“, betont Engels, „die nicht die Vernichtung des Lohnsystems als letztes Ziel stets im Auge behält, [muss] irregehn und fehlschlagen“ (MEW 36, S.579).

Es sind nach Marx und Engels nicht der Sturz der Regierung durch eine kleine organisierte Minderheit, nicht die Abschaffung des Kapitalismus durch die Auflösung staatlicher Strukturen, nicht der Gang durch die Institutionen, nicht der sozialistische Kampf um die parlamentarische Mehrheit oder das Warten auf die ferne Zukunft, es sind im Sinne der Pariser Kommune direktdemokratische Transformationsschritte, die den Kapitalismus überwinden und in die kommunistische Produktionsweise führen.<sup>34</sup>

So forderte auch Rosa Luxemburg aufgrund ihrer Kommune-, Sowjet- und Rätekenntnis und ihrer direktdemokratischen Grundhaltung kurz vor ihrem Tod: Wir „müssen vor allen Dingen das System der Arbeiter- und Soldatenräte, in der Hauptsache das System der Arbeiterräte in der Zukunft ausbauen, nach allen Richtungen hin. [...] Wir müssen von unten auf den bürgerlichen Staat aushöhlen, indem wir überall die öffentliche Macht, Gesetzgebung und Verwaltung nicht mehr trennen, sondern vereinigen, in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte bringen. [...] Die Arbeiterräte sollen alle Macht im Staate haben. Nach dieser Richtung hin haben wir in der nächsten Zeit zu arbeiten“ (GW 4, S.508f). „Von der obersten Spitze des Staates bis zur kleinsten Gemeinde muß deshalb die proletarische Masse die überkommenen Organe der bürgerlichen Klassenherrschaft: die Bundesräte, Parlamente, Gemeinderäte, durch eigene Klassenorgane: die Arbeiter- und Soldatenräte, ersetzen, alle Posten besetzen, alle Funktionen überwachen, alle staatlichen Bedürfnisse an dem eigenen Klasseninteresse und den sozialistischen Aufgaben messen“ (GW 4, S.442). Je „demokratischer die Institutionen, je lebendiger und kräftiger der Pulsschlag des politischen Lebens der Masse, umso unmittelbarer und genauer die Wirkung“ (GW 4, S.355). „Das Wesen der sozialistischen Gesellschaft besteht darin, daß die große arbeitende Masse aufhört, eine regierte Masse zu sein, vielmehr das ganze politische und wirtschaftliche Leben selbst lebt und in bewusster freier Selbstbestimmung lenkt“ (GW 4, S.442).

Auf der Grundlage der Novemberrevolution 1918 entwarf sie mit dem Spartakusbund das folgende Rätekonzzept:

---

<sup>33</sup> Vgl. MEW 4, S.378f; MEW 1, S.48, 592

<sup>34</sup> Vgl. Müller, Alfred (2023, 2024, 2024b)

- „Beseitigung aller Parlamente und Gemeinderäte und Übernahme ihrer Funktionen durch A.- u. S. - Räte sowie deren Ausschüsse und Organe;
- Wahl von Arbeiterräten über ganz Deutschland durch die gesamte erwachsene Arbeiterschaft beider Geschlechter in Stadt und Land nach Betrieben sowie von Soldatenräten durch die Mannschaften, unter Ausschluß der Offiziere und Kapitulanten, Recht der Arbeiter und Soldaten zur jederzeitigen Rückberufung ihrer Vertreter;
- Wahlen von Delegierten der A.- und S.-Räte<sup>35</sup> im ganzen Reich für den Zentralrat<sup>36</sup> der A.- und S.-Räte, der den Vollzugsrat als das oberste Organ der gesetzgebenden und vollziehenden Gewalt zu wählen hat;
- Zusammentritt des Zentralrats vorläufig mindestens alle drei Monate – unter jedesmaliger Neuwahl der Delegierten – zur ständigen Kontrolle über die Tätigkeit des Vollzugsrats und zur Herstellung einer lebendigen Fühlung zwischen der Masse der A.- und S.- Räte im Reiche und ihrem obersten Regierungsorgan. Recht der lokalen A.- und S.- Räte zur jederzeitigen Rückberufung und Ersetzung ihrer Vertreter im Zentralrat, falls diese nicht im Sinne ihrer Auftraggeber handeln, Recht des Vollzugsrats, die Volksbeauftragten sowie die zentralen Reichsbehörden und -beamten zu ernennen und abzusetzen“ (GW 4, S.446).

„Zur Verwirklichung dieser Ziele hielten Spartakusbund und Bremer Linke folgende Schritte für erforderlich:

- a) Ausbau [...] der lokalen und übergeordneten AuS – Räte;
  - b) dabei konsequente Abwahl derjenigen Delegierten, die für die parlamentarische Republik und die Abschaffung der Räte eintraten (also Abwahl der Delegierten der SPD und des rechten Flügels der USPD);
  - c) Maßnahmen zur Umwälzung der privatkapitalistischen Wirtschaftsstruktur in eine sozialistische.“<sup>37</sup>
- wie
- d) „Enteignung aller Banken, Bergwerke, Hütten sowie Großbetriebe in Industrie und Handel“, „Bildung sozialistischer landwirtschaftlicher Genossenschaften“ und „Übernahme des gesamten Verkehrswesens durch die Räterepublik“ (GW 4, 447).

---

<sup>35</sup> Arbeiter- und Soldaten - Räte

<sup>36</sup> Der Begriff „Zentralrat“ wurde 1918/19 nicht einheitlich definiert. Nach R.L. sollte der Zentralrat der zukünftige Bundesrätekongress sein und den Vollzugsrat wählen. 1918/19 wählte der Reichsrätekongress einen Zentralrat, der folgende Aufgaben hatte: Überwachung der SPD – Regierung (= Rat der Volksbeauftragten), Durchsetzung der Kongress - Beschlüsse, Aufbau der Räteorganisation und Durchführung der Sozialisierung. Da seine Mitglieder nur MSPD – Angehörige waren, die sich gegen die Rätedemokratie und für den Parlamentarismus einsetzten, hatte er keine Durchsetzungskraft und löste sich mit der Nationalversammlung (dem ersten Nachkriegs – Bundesparlament) am 4.2.1919 auf.

<sup>37</sup> Arnold, Volker (1978b), S. 55, vgl. ebenfalls GW 4, S.447

Die Schwäche des Spartakusbundes und seiner Führer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht bestand 1918 darin, dass sie, wie A.Laschitza und E.Müller<sup>38</sup> betonen, nur einen geringen Einfluss auf die damalige Arbeiterklasse und Rätebewegung hatten. In den Räten waren die Anhänger der Spartakisten kaum vertreten. Am Reichsrätekongress durften Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht nicht teilnehmen. „Zu stark war die Kraft ihrer Gegner, zu massiv die [...] antikommunistische Hetze, zu verworren die Situation unter den Massen, zu isoliert und der konkreten Lage zu unangemessen die Position der Spartakisten.“ Die Theoretiker der Rätebewegung blieben eine kleine Minderheit.<sup>39</sup> Hinzu kommt, dass ihre basisdemokratische Taktik und Strategie wenig durchdacht war und in vielen Teilen oberflächlich blieb. Der erste Arbeiter- und Soldatenrat entstand am 4. November 1918. Auf dem Reichsrätekongress vom 16. bis 21. Dezember 1918 entschied sich dann die Mehrheit aufgrund der MSPD – Dominanz für eine parlamentarische Demokratie und somit gegen das Räteystem. „Die deutsche Wirtschaft bekämpfte [die Rätebewegung, AM] mit nationalistischer Propaganda und Geldspenden. Bei einer Versammlung der höchsten Spitzen der deutschen Unternehmerschaft und ihren Verbänden am 10. Januar 1919 im Berliner Flugverbandshaus Blumeshof wurde der Antibolschewistenfonds gegründet.[...]. Mit den Geldern wurden antikommunistische Propaganda und die Freikorps finanziert, Privatarmeen, die an den Grenzen und zur Bekämpfung kommunistischer Aufstände eingesetzt wurden.“<sup>40</sup>

### **Die Kritik Rosa Luxemburgs an der Parteidiktatur der Bolschewiki**

Noch 1917-1919 forderten die Bolschewiki in Russland: „Alle Macht den Sowjets“ (den Räten) (LW 24, S.93,328; LW 26, S.172). Lenin, der wesentliche Führer der Bolschewiki, bekannte sich zur Lehre von Marx und Engels, und übernahm von ihnen das Konzept der Pariser Kommune.<sup>41</sup> „Die Verfassung der demokratischen Republik muß“, so Lenin 1917, „gewährleisten: 1. Die Selbstherrschaft des Volkes; die gesamte oberste Gewalt im Staat muß den Vertretern des Volkes gehören, die vom Volke gewählt und jederzeit absetzbar sind und eine Versammlung der Volksdelegierten, eine Kammer bilden“ (LW 24, S.473). „Die Ausbreitung des Räteystems“ stellte Lenin noch im März 1919 fest, „ist für uns [...] die wichtigste Aufgabe“ (LW 28, S.478). Die Sowjets entstanden in Russland in der Revolution von 1905. Bis zur Februarevolution 1917 dämmerten sie prosperitätsbedingt vor sich hin. Mit einer erneuten Welle der Arbeitskämpfe kam es im ganzen Land zum Wiederaufschwung der Sowjets. Nach dem Zarensturz im Februar 1917 entstand eine Doppelherrschaft, bestehend aus dem Parlament (Duma)/der provisorischen Regierung und den Arbeiter- und Soldatenräten. Als 1917 im 2. Sowjetkongress (25. – 27.10.) die Bolschewiki die Mehrheit erzielten und diese im Oktober in einem

<sup>38</sup> Laschitza, Annelies/Müller, Eckhard (2012), S. 111

<sup>39</sup> Einen Überblick über die damaligen Rätetheoretiker findet man bei Klopotek, Felix (2021), S.21ff

<sup>40</sup> Wikipedia: Räterepublik, in: <https://de.wikipedia.org/wiki/R%C3%A4terepublik> (15.8.24)

<sup>41</sup> „Die Pariser Kommune war ein großes Vorbild [...]. Unsere Sowjets gehen denselben Weg“ (LW 26, S.412).

bewaffneten Aufstand den Parlamentarismus beseitigten und durch das Rätesystem ersetzen, sollte eigentlich die Macht an die Räte übergehen<sup>42</sup>. Doch der Oktoberrevolution folgte ein mehrjähriger aufgezwungener Bürgerkrieg (1918 – 1922) gegen weißgardistische Truppen und gegen ausländische Interventionstruppen. Die Wirtschaft brach zusammen. Ein Großteil des Verkehrswesens wurde zerstört. Die Armut und die Hungersnot expandierte<sup>43</sup> und um die Wirtschaft zu retten und die Versorgung zu sichern, wurden die Sowjets entmachtet und von den Bolschewiki instrumentalisiert. Die Bolschewiki schafften die Rede-, Presse- und Versammlungsfreiheit ab, errichteten hierarchische Befehlsstrukturen, verpflichteten die Werktätigen zur Arbeitsdisziplin, verboten die Durchführung von Streiks<sup>44</sup>, errichteten Konzentrations- und Straflager, führten die Einmann - Leitung in den Betrieben<sup>45</sup>, marktkapitalistische Elemente und die Abgabepflicht in der Landwirtschaft ein und bauten mit dem Geheimdienst Tscheka einen starken Repressions- und Machtapparat auf. Nicht nur Gegner der Sowjetrepublik, sondern auch Protestbewegungen der Arbeiter und Matrosen für die Herrschaft der Räte wurden blutig niedergeschlagen<sup>46</sup> und im Laufe dieser Zeit die Parteidiktatur<sup>47</sup> aufgebaut. Die Matrosen von Kronstadt erhoben sich in Russland Anfang 1921 gegen die Kommunisten und forderten, die Ideale der Rätedemokratie endlich einzulösen. Trotzki und Lenin ließen den zunächst friedlichen Aufstand blutig niederschießen. Am Ende des Bürgerkrieges war es den Bolschewiki gelungen, die Diktatur des Proletariats (die Räteherrschaft) durch die Diktatur der Partei zu ersetzen, die dann nach Lenins Tod (am 21.1.1924) Stalin ausbaute und mit ihr seine Terrormaßnahmen durchführte. Beide, Rosa Luxemburg und Lenin, waren für die Rätedemokratie. Doch als diese im Bürgerkrieg von den Bolschewiki und mit ihr die demokratischen Rechte abgeschafft

---

<sup>42</sup> Der III. Gesamtrussische Sowjetkongress beschloss am 12.1.1918: „Rußland wird zur Republik der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten erklärt. Die gesamte zentrale und lokale Staatsmacht gehört diesen Sowjets“ (LW 26, S. 422, 554).

<sup>43</sup> Die Hungernot entstand durch den ersten Weltkrieg und breitete sich durch den anschließenden Bürgerkrieg aus.

<sup>44</sup> Jede Arbeitseinstellung, jeder Streik war ein Verrat an der Sache der proletarischen Revolution. Alle Arbeiter, die streiken wollten, wurden zu Verrätern an der Arbeiterbewegung und strafrechtlich verfolgt (vgl. Pankratova, S.245).

<sup>45</sup> Lenin 1920: Das Prinzip der Einzelleitung ist das einzig richtige Prinzip der Arbeitsorganisation. Das Kollegialitätsprinzip hat eine ungeheure Kraftverschwendung zur Folge (vgl. LW 30, S.300).

<sup>46</sup> Und dies, obwohl die proletarische Demokratie „den Werktätigen [...] die wahre Demokratie“ (LW 28, S.97) bringen sollte.

<sup>47</sup> Lenin 1920 über die Rolle der Kommunistischen Partei: Wir müssen „anerkennen, daß nur diese klassen-bewußte Minderheit die breiten Arbeitermassen leiten und mit sich führen kann“ (LW 31, S.223). Erforderlich sei, Lenin 1919: „Weniger Geschwätz über „Arbeiterdemokratie“, über [...] „Volksherrschaft“ [...] (weniger) schwülstige Phrasen und mehr einfache, alltägliche Arbeit, mehr Sorge um das Pud Getreide und das Pud Kohle!“ (LW 29, S.418).

wurden, vergriff sich nach Rosa Lenin „völlig im Mittel. Dekret, diktatorische Gewalt der Fabrikaufer, drakonische Strafen, Schreckensherrschaft, das sind alles Palliative“ (GW 4, S.361), Mittel, so Rosa, die zum Tod des Rätesystems führen. Erforderlich sei, forderte Luxemburg, eine „uneingeschränkte, breiteste Demokratie“ (GW 4, S.362). Ohne „eine freie, ungehemmte Presse, ohne ungehindertes Vereins- und Versammlungsleben (sei) gerade die Herrschaft breiter Volksmassen völlig undenkbar“ (GW 4, S.358). Mit „dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muß“, so Rosa, „auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder der öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboden, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliqueswirtschaft – eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d. h. Diktatur im bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobiner - Herrschaft. [...] Ja noch weiter: solche Zustände müssen eine Verwilderung des öffentlichen Lebens zeitigen: Attentate, Geiseler-schießungen usw. Das ist ein übermächtiges objektives Gesetz, dem sich keine Partei zu entziehen vermag“ (GW 4, S.362). Das Heilmittel das Lenin gefunden hätte: „die Beseitigung der Demokratie überhaupt“ würde „das aktive, ungehemmte, energische politische Leben der breitesten Volksmassen“ (GW 4, S.355f) verschütten. Es sei nach Rosa „die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, an Stelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen.“ [...] Die sozialistische Demokratie müsse „auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorgehen, unter ihrer unmittelbaren Beeinflussung stehen, der Kontrolle der gesamten Öffentlichkeit unterstehen, aus der wachsenden politischen Schulung der Volksmassen hervorgehen.“ Sie beginnt nicht „als fertiges Weihnachtsgeschenk für das brave Volk“, sondern „mit dem Abbau der Klassenherrschaft und dem Aufbau des Sozialismus“ (GW 4, S.363). „Das Gefährliche beginnt dort, wo (die von den) fatalen Bedingungen aufgezwungene Taktik [...] dem internationalen Proletariat als das Muster der sozialistischen Taktik zur Nachahmung empfehlen“ wird (GW 4, S.364).

## **Taktische und strategische Folgen**

Welche aktuell taktischen und strategischen Folgerungen sind aus den bisherigen Ausführungen zu ziehen?

**Erstens** müssen wir uns, wenn wir die Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung der breiten Bevölkerung anstreben und die Ausbeutung, Unterjochung und Unterdrückung aufheben wollen, vom Parlamentarismus verabschieden und uns für die wahre Demokratie, die Räte-/Direktdemokratie einsetzen. Der räte-/direktdemokratische Transformationspfad zum Kommunismus<sup>48</sup> bedingt den Abschied von der parlamentarischen Demokratie und den Kampf für umfassende direktdemokratische Arbeits- und Lebensformen.<sup>49</sup> Dieser Kampf beinhaltet die Übertragung der Herrschaft auf die Bevölkerungsmehrheit, als Mittel um die vielfältigen sozialen, ökologischen und ökonomischen Probleme im Sinne der Bevölkerung zu lösen. In Worten von Rosa Luxemburg: „Demokratie“, Volksherrschaft beginnt erst dann, wenn das arbeitende Volk die politische Macht ergreift“ (GW 4, S.463).

**Zweitens** ist ein schlüssiges und fundiertes gesamtgesellschaftliches Rätekonzept zu erarbeiten. Bis heute liegt dies nicht vor<sup>50</sup> und es bestehen noch viele Unstimmigkeiten. Selbst in „Angelegenheiten der direkten Demokratie herrscht [ein,AM] beträchtlicher terminologischer Wirrwarr“<sup>51</sup>, da nicht geklärt ist, welche direktdemokratischen Instrumente der Direktdemokratie zuzuordnen sind. Nur wenn eine überzeugende rätendemokratische Alternative vorhanden ist, wird die werktätige Bevölkerung einer Rätendemokratie zustimmen. Es war eine Ursache der deutschen Räteniederlage 1919 bis 1923, dass die breite Arbeiterschaft nicht hinter der Rätekonzeption stand. Hinzu kamen unterschiedliche Rätevorstellungen, die Fortexistenz kapitalistischer Unternehmens- und Militärstrukturen, die Spaltung der Rätebefürworter, die fehlende Koordination bzw. Leitung der Rätebewegung, der Erhalt der bürgerlichen Verwaltung und Regierung, die Gegnerschaft der Mehrheits - SPD (MSPD), der Gewerkschaften und der staatlichen Verwaltung, die Dominanz der MSPD und der rechten USPD in den Räten und im Reichsrätekongress, die

---

<sup>48</sup> Ich wähle in Anlehnung an Marx als nachkapitalistisches Gesellschaftssystem den Begriff „Kommunismus“. Der Begriff „Sozialismus“ ist als Leitbild für eine kapitalistische Alternative ungeeignet, weil es nicht den Sozialismus, sondern viele Sozialismen aller Schattierungen gibt. In der Praxis und in den Köpfen der meisten Sozialisten entsteht daraus, „eine Art von eklektischem Durchschnitts – Sozialismus“[...] (mit) ökonomischen Lehrsätzen und gesellschaftlichen Zukunftsvorstellungen der verschiedenen Sektenstifter“ (Engels, MEW 19, S.200f)

<sup>49</sup> Vgl. Müller, Alfred (2019), S.190ff

<sup>50</sup> Vgl. Arnold, Volker (1978)

<sup>51</sup> Lübke – Wolff (2023), S.149



immense Propaganda<sup>52</sup> gegen die Rätebewegung und die militärischen Repressionen.<sup>53</sup>

Nach Rosa Luxemburg bestanden „viele Illusionen“ (GW 4, S.499), ein „fehlendes Bewußtsein über die Notwendigkeit der Räte“ (GW 4, S.509) und eine fehlende „Klarheit über die Aufgaben“ (GW 4, S.496).

**Drittens** ist nicht nur punktuell, sondern in allen Arbeits- und Lebensbereichen der Gesellschaft die Räte/Direktdemokratie bis zur Machtübernahme einzurichten und auszudehnen. Direktdemokratische Strukturen sind sowohl in den Betrieben, in den Unternehmen, in der staatlichen Verwaltung, in den Gewerkschaften, in den Kitas, in den Schulen und Hochschulen/Universitäten, in den Medien, beim Militär und bei der Polizei bis zu den Altersheimen aufzubauen und die Fremd- durch die demokratische Selbstbestimmung der erwerbstätigen und nicht – erwerbstätigen Bevölkerung zu ersetzen. Erst über den breiten direktdemokratischen Kampf wird die Bevölkerungsmehrheit sich von ihrer Untertänigkeit und Anpassung befreien, ihre passive politische Haltung ablegen, demokratische Kenntnisse und Fähigkeiten entwickeln, erfahren, dass Systemreparaturen nicht genügen, die politische Macht erobern, das kapitalistische Produktionsverhältnis und die Herrschaft des Kapitals überwinden und die entfremdete Arbeit aufheben.

Erst ein umfassender gesellschaftlicher Demokratisierungsprozess schafft es, bei breiten Teilen der Bevölkerung die bestehenden unterdrückenden Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse zu erkennen, gesellschaftliche Kräfte gegen die Herrschenden zu mobilisieren, die Isolierung zu beenden und die Kämpfe zu bündeln, autoritäre Gesellschaftsstrukturen abzubauen und die allgemeine kollektive und persönliche Selbstbestimmung zu verwirklichen.

„Die Masse muß“, so Rosa Luxemburg, „indem sie Macht ausübt, lernen, Macht auszuüben. Es gibt kein anderes Mittel, ihr das beizubringen“ (GW 4, S.509f). Die proletarischen Massen „werden geschult, indem sie zur Tat greifen“ (GW 4, S.510).

So weist auch Fritz Vilmar (1973, S.305) darauf hin: „Gesamtgesellschaftliche Demokratisierung [...] heißt nichts anderes als Einführung, Einübung von Selbstbestimmung, Selbstverwaltung, Herrschaftsabbau – freilich nicht nur in den Betrieben, sondern in allen gesellschaftlichen Bereichen.“ Wer den Demokratisierungsprozess nur auf die Betriebe und Unternehmen beschränkt, übersieht die Notwendigkeit der allgemeinen Bewusstseinsveränderung, der Kräftebündelung und Multiplikatorwirkung eines gemeinsamen Vorgehens. Bei der Demokratisierung der Arbeitswelt kann eine Demokratisierung vieler gesellschaftlicher Bereiche nur nützlich sein. Gerade die Demokratisierung der Staatsgewalt (Polizei, Militär, Justiz, Strafanstalten) ist ein notwendiges Mittel, um im

<sup>52</sup> Aussagen des Kapitals, der MSPD und der Leitmedien waren u.a.: demokratische Räte verraten das deutsche Volk, verbreiten nur Chaos, verbinden sich mit den Feinden, treiben die Wucherpreise und den blutigen Bürgerkrieg voran, führen zu Hunger, Not und Seuchen und zum bolschewistischen Terror.

<sup>53</sup> Vgl. Orkunoglu, Yener (2019), Arnold, Volker (1978b), S.53

Falle einer Konterrevolution des Kapitals dessen Repressionsmaßnahmen aufzuweichen und möglicherweise sogar aufzuheben. Eine Direktdemokratisierung der Gesellschaft hat heute nicht nur in den Unternehmen stattzufinden. Zwar ist der Aufbau der betrieblichen Arbeiterselbstverwaltung zentral<sup>54</sup>, doch es darf und kann nicht dabei stehenbleiben. Die Befreiung der Bevölkerungsmehrheit von der Herrschaft des Kapitals und ihrer abergläubischen Verehrung des bürgerlichen Staates bedingt eine gesellschaftlich umfassende Basisdemokratisierung. Nur so lässt sich eine Lebensform für alle erreichen, in der jedes „Glied des Volkes zum gleichmäßigen Teilnehmer der Volkssouveränität“ (MEW 1, S.354) wird. Demokratie ist die Herrschaft des Volkes, durch das Volk und für das Volk, und dies ist nur über eine umfassende Direktdemokratisierung aller Lebens- und Arbeitsbereiche möglich.

Im Gegensatz zu putschistischen, linksradikalen und anarchistischen Vorstellungen bedeutet der direktdemokratische Weg kein Ausstieg aus der Parlamentsarbeit. Parlamentarische Tätigkeiten dienen der Aufklärung, der Durchsetzung von geringfügigen Verbesserungen für die breite Bevölkerung und zur Unterstützung der außer-parlamentarischen Kämpfe. Es waren in den 1920er - 1930er Jahren die Linkskommunisten (auch Linksradikale genannt), die die Mitarbeit in den bürgerlichen Parlamenten ablehnten. Lenin bezeichnete den Parlamentsboykott als linke Kinderkrankheit. Damit würden die Linksradikalen der Bourgeoisie einen großen Dienst erweisen und der Errichtung einer besseren Gesellschaft schaden. Der Parlamentarismus sei politisch nicht erledigt, wenn Millionen Proletarier für den Parlamentarismus eintreten. Die Linksradikalen würden ihren Wunsch für die objektive Wirklichkeit halten. Eine Teilnahme an Parlamentswahlen und die Parlamentsmitarbeit seien wichtig, um die Bevölkerungsmehrheit aufzurütteln, aufzuklären und für ihre Interessen zu kämpfen. Mängel des bürgerlichen Parlamentarismus seien nicht systemintern, sondern nur durch die wirkliche Demokratie, die Räte-demokratie, zu beheben. Der Aufbau, die Ausbreitung und Aufklärung der Massen über die Bedeutung, die Wichtigkeit und die Notwendigkeit des Rätesystems sei die wichtigste Aufgabe (vgl. LW 31, S.5ff, 41ff; LW 28, S.486).<sup>55</sup>

Allerdings schließt die Mitarbeit in den Parlamenten die Regierungsbeteiligung aus, weil den revolutionären Linken aufgrund der Sachzwänge in der Regierung nichts anders übrigbleibt, als den Kapitalismus zu verteidigen und somit die Systemüberwindung aufzugeben. „Die deutsche Geschichte ist voller Beispiele, wie

---

<sup>54</sup> Demokratisch aufgebaute Betriebe/Unternehmen könnten wie folgt aussehen: Die Hauptentscheidungen erfolgen durch die Vollversammlung der Beschäftigten. Die Beschäftigten wählen und kontrollieren die Betriebs-, Unternehmensleitung und die Betriebsräte. Betriebsräte sind operative Kontrollorgane zwischen den Vollversammlungen und an Weisungen der Vollversammlung gebunden. Bestehende Gewerkschaften setzen sich zusätzlich für bessere Arbeits- und Einkommensbedingungen ein.

<sup>55</sup> Lenins großer Fehler war, dass er unter den Bedingungen des Bürgerkrieges und der Unkenntnis über den Aufbau der Arbeiterkontrolle (vgl. LW 29, S.139f) bis 1922 die Räte-demokratie durch die Parteiherrschaft ersetzte und damit die Emanzipation des Proletariats aufhob.

linke erfolgreiche Parlamentsparteien alsbald ihren Frieden mit den gesellschaftlichen Verhältnissen machten.“<sup>56</sup>

**Viertens** ist nicht der grüne Marktsozialismus anzustreben, sondern durch ein steigendes Angebot an freien Gütern und durch die Ausdehnung der volkswirtschaftlichen Planung die Zurückdrängung des Marktes. Karl Marx sah in der demokratischen Mikro- und Makroplanung einen unerlässlichen Bestandteil der nachkapitalistischen Gesellschaft, weil nur so die Marktausgrenzung und die Markt-anarchie mit ihren Wirtschafts-, Finanz- und Umweltkrisen überwunden und nach den Bedürfnissen der Bevölkerung gewirtschaftet werden kann.<sup>57</sup> Nach dem Grundsatz: Planung soweit wie möglich und Markt soweit wie nötig, sind in der Übergangsphase digitale Planungssysteme zu fördern, in der Praxis zu erproben und einzusetzen. Der Markt lässt sich nicht sofort im Hauruckverfahren abschaffen. Er ist im Ausmaß der freien Güter und der gesamtwirtschaftlichen Planausweitung zurückzudrängen.<sup>58</sup>

Mit der Überschrift „Zukunft mit Plan“ widmet sich aktuell die Rosa - Luxemburg - Stiftung dem Thema der demokratischen Wirtschaftsplanung.<sup>59</sup> *Neue Modelle*<sup>60</sup> einer demokratischen Planwirtschaft greifen sowohl das historische Scheitern der Zentralplanung auf, als auch moderne technische und soziale Möglichkeiten und entwickeln neue Konzepte, die ihrem Anspruch nach mit individueller Freiheit, technologischem Fortschritt, sozialer Gleichheit, einen guten Lebensstandard sowie mit der Eindämmung der Klimakrise vereinbar sind.<sup>61</sup> Diese Entwicklung ist dringender denn je. Geht es doch darum, die Möglichkeiten und Grenzen der Wirtschaftsplanung auszuloten und ein schlüssiges, effizientes und überzeugungsfähiges alternatives gesamtwirtschaftliches Koordinationssystem zu entwickeln. Es sind heute die Konzerne, die riesige interne Planungen anwenden und weiterentwickeln und damit Grundlagen für sinnvolle gesamtwirtschaftliche

---

<sup>56</sup> Lieberam, Ekkehardt (212), S. 38

<sup>57</sup> Vgl. MEW 4, S.370, 375f; MEW 17, S.343, 551, 543-545; MEW 18, S.62; MEW 19, S. 19; MEW 23, S. 93, 193; MEW 24, S. 316f, 358; MEW 26.2, S. 509

<sup>58</sup> Vgl. Müller, Alfred (2019), S.233ff

<sup>59</sup> Vgl. Luxemburg 1/2024: Zukunft mit Plan, Die Zeitschrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung

<sup>60</sup> Aktuelle Modelle einer demokratischen Planwirtschaft sind:

- Parecon (Hahnel/Albert)
- Cybersozialismus (Cockshott/Cottrell)
- Amazon-Sozialismus (Saros)
- Negotiated Coordination (Devine)
- Multilevel Democratic Iterative Coordination (Laibman)
- Half-Earth Socialism (Vettese/Pendergrass)
- Commonismus (Sutterlütty/Meretz)
- Arbeitszeitrechnung (Gruppe Internationaler Kommunisten)

<sup>61</sup> Siehe [www.demokratische-planung.de](http://www.demokratische-planung.de)

Planungsmethoden liefern. In dieser Funktion beteiligen sie sich ganz gegen ihren Willen an der materiellen Auflösung des Kapitalismus.

In Anlehnung an die bürgerliche Ökonomie kritisieren viele Linke die Planwirtschaft. Sie sei ineffizient, führe in die Mangelwirtschaft und zur Zentralisierung. Unter den heutigen technischen und politischen Möglichkeiten funktioniert eine demokratisch organisierte Makroplanung auf der Basis der modernen Informationstechnologie jedoch besser als der anarchistische Marktmechanismus.<sup>62</sup> Sie ist gerechter, bedürfnisorientiert, umweltfreundlicher, innovativer, verbessert die Versorgung und führt zur Ausdehnung demokratischer Entscheidungsabläufe. Erst die demokratische Planwirtschaft ermöglicht alle an der Gestaltung der Wirtschaft mitzuwirken, die Krisen, die Arbeitslosigkeit und die Kriege aufzuheben, die Klimakatastrophen zu vermeiden und die Arbeits- und Lebensweise nachhaltig, friedlich und gerecht zu gestalten.<sup>63</sup>

Wer weiterhin an die Heilkräfte des Marktes (wie die Neoklassiker) und/oder an die Heilkräfte des kapitalistischen Staates (wie die Keynesianer) glaubt, befindet sich auf einem Irrweg, der nicht imstande ist, die kapitalistische Produktionsweise und ihre Zerstörungswirkungen aufzuheben.

**Fünftens** ist die Arbeitszeit radikal zu verkürzen. Es gilt, so Marx, gesellschaftliche Bedingungen zu schaffen, in denen „die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis“ wird (MEW 19, S.21). Eine fortschreitende Arbeitszeitverkürzung führt dazu, dass die Werktätigen ihre Freizeit ausdehnen, ihr Wohlbefinden und ihre Zufriedenheit steigern, sich politisch beteiligen, mehr Zeit für ihre Familie, mit ihren Freunden verbringen und zunehmend ihr Leben nach den eigenen Bedürfnissen gestalten und so ein besseres Leben führen können. Wenn diese Freizeitausdehnung zunehmend mit freien Güterangeboten gekoppelt wird, entwickelt sich eine Gesellschaft, in der nicht mehr das Geld, sondern solidarisch die individuelle Freiheit und Selbstverwirklichung über das Wohlergehen entscheidet.

**Sechstens** ist mit der Vergesellschaftung der Unternehmen das Vermögens- undachteinkommen abzuschaffen. Dadurch sinken die Einkommensunterschiede auf einen sozialverträglichen Abstand. Die Einkommensgestaltung erfolgt für alle Erwerbstätigen durch jeweilige Flächentarife. Wer gesundheitlich nicht arbeiten kann und/oder sein Erwerbsleben beendet hat, erhält ein ausreichendes Sozial-, Renteneinkommen.

---

<sup>62</sup> Vgl. Hamade, Houssam und Sorg, Christoph (2023): Die smarte Planwirtschaft

<sup>63</sup> Den gleichen Standpunkt vertreten Michael Albert in seinem Buch „Parecon“, S.120ff und Helmut Dunkhase in „Plädoyer für Planwirtschaft“.

**Siebtens** erfordern die Klima- und Umweltkatastrophen, dass wir uns vom Wirtschaftswachstum verabschieden und die Wirtschaft nach dem Kreislaufprinzip klima- und umweltverträglich gestalten müssen. Da beides im Kapitalismus nicht möglich ist, setzt eine wirksame Klima- und Umweltpolitik eine direktdemokratische kommunistische Gesellschaft voraus.

**Achtens** wird der Aufbau einer direktdemokratischen kommunistischen Gesellschaft kein leichter Weg sein. Die Kapitalisten fürchten die Direktdemokratie wie der Teufel das Weihwasser. Die Basisdemokratie bedroht ihre Privilegien. Entsprechend werden sie alle Hebel in Gang setzen, um ihr kapitalistisches Herrschaftssystem zu verteidigen. Sie argumentieren, für die direkte Demokratie sei das Volk zu dumm und zu leicht verführbar. Die direkte Demokratie passe nur zu kleinen Einheiten, begünstige Demagogen, sei fortschrittsfeindlich, zu zeitaufwändig, anfällig für Demagogen, unsozial und gefährde Minderheiten. Nur eine Elite sei in der Lage, fundierte politische Entscheidungen zu treffen. Eine Bürgerbeteiligung sei lediglich bei der Wahl von Repräsentanten und bei der Mitwirkung und Beratung akzeptabel, aber nicht bei politischen Sachentscheidungen. Alle diese Argumente gegen die direkte Demo entsprechen nach Lübke - Wolff (2023) nicht der Wirklichkeit und ergeben sich zwangsläufig aus dem Herrschafts- und Verwertungsinteresse des Kapitals.

Der Prozess der Direktdemokratisierung wird aber trotz der Gegnerschaft nicht am Widerstand des Kapitals scheitern, solange er von der breiten Bevölkerung gewünscht und getragen wird. Es ist eine wesentliche Ursache der 1918er deutschen Räteniederlage, dass die Bevölkerungsmehrheit nicht hinter der Räte Demokratie stand und sie sich so von den parlamentarischen Lockangeboten der MSPD und der Unternehmen verführen ließ. Die umfassende Direktdemokratisierung der Gesellschaft macht es möglich, weite Teile der Bevölkerung für die Basisdemokratie zu gewinnen und so den konterrevolutionären Maßnahmen des Kapitals zu widerstehen. Der direktdemokratische Kampf ist ein notwendiger und erfolgreicher Weg, um die Kapital- durch die Volksherrschaft (die Diktatur der Arbeiterklasse) zu ersetzen. Er sollte der Ansatzpunkt für eine neues, umfassendes und systemtransformatives Projekt der Linken sein, in der Übergangsmaßregeln durchgesetzt werden, „die geeignet sind, [...] einen radikalen Wechsel der Gesellschaft zuwege zu bringen“ (MEW 16, S.369).

Wer heute auf den direktdemokratischen Pfad verzichtet, in der Parlamentsarbeit und in symbolischen Reformen sein Heil sucht, landet unweigerlich bei Bernstein und Keynes und ihrer Politik der Fortentwicklung und Bändigung des Kapitalismus. Erst in der praktischen Durchsetzung der direktdemokratischen kommunistischen Grundsätze besteht die Chance, den Kapitalismus aufzulösen und eine neue friedliche, gerechte, störungsfreie, umweltfreundliche und bedürfnisorientierte Gesellschaft aufzubauen.

## Literatur

Agnoli, Johannes (2003): Die Transformation der Demokratie und verwandte Schriften, Konkret Literatur Verlag, Hamburg

Arnold, Volker (1978): Rätetheorien in der Novemberrevolution, SOAK – Verlag, Hannover

Arnold, Volker (1978b): Rätebewegung in der Novemberrevolution, SOAK – Verlag, Hannover

Albert, Michael (2003): Parecon, Leben nach dem Kapitalismus, Trotzdem Verlag, Frankfurt/Main

Bermbach, Udo (1972): Theorie und Praxis der direkten Demokratie, UTB Verlag, Basel und Stuttgart

Bermbach, Udo (1972): Rätegedanken versus Parlamentarismus? Überlegungen zur aktuellen Diskussion der Neuen Linken, in: Theorie und Praxis der direkten Demokratie, Hrsg. Udo Bermbach

Bontrup, Heinz-Josef (2023): Wir brauchen mehr direkte Demokratie, in: <https://www.fr.de/wirtschaft/gastwirtschaft/wir-brauchen-mehr-direkte-demokratie-92599107.html> (15.8.24)

Bontrup, Heinz-Josef (2024): Politiker, Unvollkommenheiten und Abhängigkeiten – Wir brauchen mehr direkte Demokratie, in: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=118762> (15.8.24)

Brie, Michael (2018): Fragen aus dem Nebelland der Zukunft, in: <https://das-blaettchen.de/2018/04/fragen-aus-dem-nebelland-der-zukunft-43971.html> (17.8.24)

Colin, Crouch (2008): Postdemokratie, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

Colin, Crouch (2022): Postdemokratie revisted, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

Dunkhase, Helmut (2022): Plädoyer für Planwirtschaft. Vom Umgang mit Widersprüchen in DDR, Sowjetunion und VR China, PapyRossa Verlag, Köln

Engels, Friedrich: Marx Engels Werke (MEW), Dietz Verlag, Berlin

Fisahn, Andreas (2008): Herrschaft im Wandel. Überlegungen zu einer kritischen Theorie des Staates, PapyRossa Verlag, Köln

Hamade, Houssam und Sorg, Christoph (2023): Die smarte Planwirtschaft, in: <https://www.zeit.de/kultur/2023-06/wirtschaftsplanung-ki-smarte-planwirtschaft-big-data/komplettansicht>

Hegel, G.W.F. (1970): Grundlinien der Philosophie des Rechts, Reclam Verlag, Stuttgart

Klopotek, Felix (2021): Rätekommunismus. Geschichte – Theorie, Schmetterling – Verlag, Stuttgart

Koschnick, Wolfgang (2016): Eine Demokratie haben wir schon lange nicht mehr. Abschied von einer Illusion, Westend Verlag, Frankfurt/Main

Lenin, Wladimir Iljitsch: Lenin Werke (LW), Dietz Verlag

Lieberam, Ekkehard (2012): Krise und Manövrierfähigkeit der parlamentarischen Demokratie, pad – Verlag, Bergkamen

Luxemburg 1/2024: Zukunft mit Plan, Zeitschrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Luxemburg, Rosa: Gesammelte Werke (GW), Band 1 – 5, Dietz Verlag, Berlin

Marx, Karl:

- Marx Engels Werke (MEW), Dietz Verlag, Berlin
- Grundrisse (GR), Europäische Verlagsanstalt Frankfurt
- Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, Archiv sozialistischer Literatur 17, Verlag Neue Kritik, Frankfurt

Maus, Ingeborg (2019): Über Volkssouveränität. Elemente einer Demokratietheorie, Suhrkamp Verlag, Berlin

Mausfeld, Rainer (2018): Warum schweigen die Lämmer. Wie Elitendemokratie und Neoliberalismus unsere Gesellschaft und unsere Lebensgrundlagen zerstören, Westend Verlag, Neu-Isenburg, 3. Auflage

Mausfeld, Rainer (2023): Hybris und Nemesis. Wie uns die Entzivilisierung von Macht in den Abgrund führt – Einsichten aus 5.000 Jahren, Westend Verlag, Neu – Isenburg

Mausfeld, Rainer (2024): Demokratie am Abgrund? Vortrag, in:  
<https://www.youtube.com/watch?v=8YYycaOx51s>

Mies, Ullrich (2017): Demokratie als Fiktion – Oligarchenherrschaft als Realität, in: Mies, Ullrich/Wernicke, Jens (Hrsg.): Fassadendemokratie und tiefer Staat. Auf dem Weg in ein autoritäres Zeitalter, Promedia Verlag, Wien

Müller, Alfred (2019): Eine Wirtschaft, die tötet. Über den Kapitalismus, seine Überwindung und die Zeit danach, PapyRossa Verlag, Köln

Müller, Alfred (2023): Die direktdemokratische Überwindung des Kapitalismus, in:  
<https://alfmueller.wordpress.com/category/direkte-demokratie/> (17.8.24)

Müller, Alfred (2024): Der direktdemokratische Weg zu einer besseren Gesellschaft, in:  
<https://alfmueller.wordpress.com/category/direktdemokratie/> (1.9.24)

Müller, Alfred (2024b): Marx und die direkte Demokratie,  
[www.unsere-zeitung.at/wp-content/uploads/2024/04/Marx-und-die-direkte-Demokratie.pdf](http://www.unsere-zeitung.at/wp-content/uploads/2024/04/Marx-und-die-direkte-Demokratie.pdf)  
 (1.9.24)

Müller, Richard (2011): Eine Geschichte der Novemberrevolution. Malik Verlag, Berlin  
 1924/1925. Nachdruck, Die Buchmacher, Berlin,

Lang, Josef (2018): Karl Marx und die Demokratie: Konsequente Praxis, inkohärente  
 Theorie, in: [http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2018/09/Lang\\_Demokratie\\_Marx.pdf](http://www.denknetz.ch/wp-content/uploads/2018/09/Lang_Demokratie_Marx.pdf)  
 (23.8.24)

Laschitza, Annelies/Müller,Eckhard (2012): Zu Rosa Luxemburgs Ideal von einer bewussten  
 Selbstbestimmung der Volksmassen, in: Basisdemokratie und Arbeiterbewegung, Rainer  
 Holze, Siegfried Prokop (Hrsg.), Karl Dietz Verlag, Berlin

Lenin, W.I.: Lenin – Werke (LW), Bd. 26, 28, 29, 30, 31, Dietz Verlag Berlin

Lübbe - Wolff, Gertrude (2023): Demophobie. Muss man die direkte Demokratie fürchten?  
 Kostermann Rote Reihe, Frankfurt am Main

Mende, Georg (1960): Karl Marx' Entwicklung vom revolutionären Demokraten zum  
 Kommunisten, Dietz Verlag, Berlin

Orkunoglu, Yener (2019): Die Gründe für die Niederlage der proletarisch – sozialistischen  
 Novemberrevolution 1918 in Deutschland, in:  
[https://www.academia.edu/49651122/DIE\\_GRÜNDE\\_FÜR\\_DIE\\_NIEDERLAGE\\_DER\\_PROLETARISCH\\_SOZIALISTISCHEN\\_NOVEMBERREVOLUTION\\_1918\\_IN\\_DEUTSCHLAND](https://www.academia.edu/49651122/DIE_GRÜNDE_FÜR_DIE_NIEDERLAGE_DER_PROLETARISCH_SOZIALISTISCHEN_NOVEMBERREVOLUTION_1918_IN_DEUTSCHLAND)  
 (17.8.24)

Pankratova, A.M. (1976): Fabrikräte in Rußland. Der Kampf um die sozialistische Fabrik.  
 Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main

Piketty, Thomas (2022): Eine kurze Geschichte der Gleichheit, Bundeszentrale für politische  
 Bildung, Bonn

Rousseau, Jean-Jacques (2012): Der Gesellschaftsvertrag, Anaconda Verlag, Köln

Scheub, Ute (2018): Die Demokratie – Die Unvollendete, oekom Verlag, München, 3. Auflage

Selk, Veith (2023): Demokratiedämmerung. Eine Kritik der Demokratietheorie, Suhrkamp  
 Verlag, Berlin

Sommer, Andreas Urs (2022): Eine Demokratie für das 21. Jahrhundert. Warum die  
 Volksvertretung überholt ist und die Zukunft der direkten Demokratie gehört, Herder Verlag,  
 Freiburg-Basel-Wein

Tschudi, Lorenz (1973): Rätedemokratie und Marxismus, edition etcetera, Basel



Vilmar, Fritz (1973): Strategien der Demokratisierung, Bd.I: Theorie der Praxis, Hermann Luchterhand Verlag, Darmstadt und Neuwied